Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Votum des Landesparteitages	Seite
L 01	Starke demokratische Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat in Sachsen	Leitanträge	mit Änderungen und wenigen Enthaltungen einstimmig angenommen	6
B01	Schule und Kita zusammendenken – Modellversuch unterstützen	Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	einstimmig angenommen	29
B 02	Vorbereitungsklassen für junge Geflüchtete an den Berufsschulzentren	Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	einstimmig angenommen	30
B03	Lehrerversorgung in Sachsen: Qualität trotz Not	Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	mit Änderungen mehrheitlich angenommen	31
B04	Kultureuro ermöglichen	Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	zurückgezogen	
B05	GRW-Leistungskurs ermöglichen. Politische Meinungsbildung unterstützen.	Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	mit Änderungen einstimmig mit einer Enthaltung angenommen	34
B06	Schule weiterentwickeln	Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	erledigt durch Annahme L 01	
A 01	Bildungsurlaube endlich auch für Sachsen	Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt	einstimmig angenommen	35
A 02	Neuregelung der Rücknahme von Leuchtkörpern und Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema „Recycling von Leuchtkörpern“	Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt	einstimmig angenommen	36

Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Votum des Landesparteitages	Seite
A 03	ÖPNV/SPNV für Stadt und Land – Grundversorgung für Sachsen sichern	Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt	mit Änderung einstimmig mit einer Enthaltung angenommen	37
A 04	Öffentlicher Nahverkehr im ländlichen Raum - Unterstützung des Modellvorhabens „Muldental in Fahrt“ für eine zukunftsfähige Mobilität	Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt	mit Änderung einstimmig mit einer Enthaltung angenommen	38
A 05	Schnelles Internet auch für den ländlichen Raum	Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt	erledigt durch Annahme L 01	
D 01	Stasi-Unterlagenbehörde eigenständig weiterentwickeln	Demokratie und Inneres	mit Änderung mehrheitlich angenommen	39
D 02	Refugees Welcome - auch an sächsischen Hochschulen	Demokratie und Inneres	mit Änderung mehrheitlich angenommen	41
D 03	Verbot des Tragens einer Burka in der Öffentlichkeit	Demokratie und Inneres	mit zwei Enthaltungen einstimmig abgelehnt	
D 04	Feiertag bleibt freier Tag	Demokratie und Inneres	mit einer Enthaltung einstimmig abgelehnt	
D 05	Profit über Sicherheit? Kontrollen an Flughäfen wieder verstaatlichen!	Demokratie und Inneres	mehrheitlich angenommen	42
D 06	Verkleinerung des Sächsischen Landtages	Demokratie und Inneres	mehrheitlich abgelehnt	

Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Votum des Landesparteitages	Seite
S 01	KiTa - Betreuungsschlüssel	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	zurückgezogen	
S 02	Sozialdemokratische Gesundheitspolitik heißt Bürgerversicherung einführen	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	in geänderter Fassung mit einer Enthaltung einstimmig angenommen	43
S 03	Entwicklung „Strategiepapier zur Gewinnung und Qualifizierung zusätzlicher Fachkräfte für Kindertageseinrichtungen“	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	einstimmig mit wenigen Enthaltungen angenommen	45
S 04	Frauen im Osten ticken anders	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	einstimmig mit wenigen Enthaltungen angenommen	46
S 05	Einführung Wohnungslosenstatistik	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	einstimmig mit wenigen Enthaltungen angenommen	47
S 06	Stärkung der Obdachlosenarbeit und der sozial- und suchttherapeutischen Angebote in Sachsen	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	einstimmig mit wenigen Enthaltungen angenommen	48
S 07	Ausbau von barrierefreien Inhalten im MDR	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	mehrheitlich angenommen	49
S 08	Ziele der Pflegereformen in Sachsen sichern – die Bedingungen für Pflegende und Pflegebedürftige gut gestalten	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	mit Änderung einstimmig angenommen	50

SPD-Landesverband Sachsen ordentlicher Landesparteitag 2016	22./23. Oktober 2016 Chemnitz
--	----------------------------------

Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Votum des Landesparteitages	Seite
S 09	Kommunen und Familien entlasten - Kitapauschale an die Realität anpassen	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	in geänderter Fassung mit wenigen Enthaltungen einstimmig angenommen	52
S 10	Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	mit Änderung mehrheitlich angenommen	54
S 11	Beitragsschuldenerlass in der Krankenversicherung	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	mit Änderung mehrheitlich angenommen	56
S 12	Enquete-Kommission Drogenpolitik	Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	mit Änderung und einer Enthaltung einstimmig angenommen	57
E 01	Den Brexit zum Neustart machen: Für eine EU des Ausgleichs, der Demokratie und gemeinsamen Verantwortung	Europa und Internationales	mehrheitlich angenommen	58
E 02	Aufhebung der Russland-Sanktionen überdenken	Europa und Internationales	in geänderter Fassung mehrheitlich angenommen	65
P 01	Gelebte Nachhaltigkeit in der SPD	Parteileben	einstimmig angenommen	66
P 02	Wer, wenn nicht wir? Vereinbarkeit von Familie und Politik in der SPD Sachsen	Parteileben	mehrheitlich angenommen	67
P 03	Barrierefreie Dokumente	Parteileben	in geänderter Fassung mit einer Enthaltung einstimmig angenommen	70

SPD-Landesverband Sachsen ordentlicher Landesparteitag 2016	22./23. Oktober 2016 Chemnitz
---	----------------------------------

Beschlussübersicht

Antrag Nr.	Antragsteller Thema	Themenbereich Votum der Antragskommission	Votum des Landesparteitages	Seite
P 04	MitarbeiterInnen der Landes- und Regionalgeschäftsstellen mit Zertifikat „Leichte Sprache“	Parteileben	zurückgezogen	
P05	Aufstellung der sächsischen Liste zu den Bundestagswahlen	Parteileben	Nichtbefassung mehrheitlich angenommen	
P 06	Inklusionsbeauftragte des SPD-Landespartei Vorstandes	Parteileben	mit Änderung mehrheitlich angenommen	71
P07	Umgang mit psychisch erkrankten Genossinnen und Genossen in der SPD Sachsen	Parteileben	Überweisung an den Landesvorstand	
I03	Bildungsempfehlung	Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur	mehrheitlich angenommen	72

Leitantrag

Antrag: L 01

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: mit Änderungen und einigen Enthaltungen einstimmig angenommen

Starke demokratische Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat in Sachsen

I. Für eine starke demokratische Bürgergesellschaft in einem handlungsfähigen Staat

Die sächsische SPD steht für einen handlungsfähigen Staat und eine starke demokratische Bürgergesellschaft in Sachsen. Das haben wir in den letzten Jahren immer wieder in Anträgen, Programmen und Reden deutlich gefordert und in Koalitionsverhandlungen gegen harten Widerstand und in teils schwierigen Kompromissen durchgesetzt. In der Koalition haben wir begonnen, den Staat handlungsfähiger zu machen und die Bürgergesellschaft zu stärken. Diese Arbeit setzen wir fort. Das ist dringend notwendig: Die Handlungsfähigkeit des Staates in Sachsen wurde seit Jahren gefährlich geschwächt und die Bürgerinnen und Bürger wurden in ihrer demokratischen Teilhabe eher ausgebremst statt gefördert.

Was meinen wir genau damit, wenn wir davon sprechen, den Staat handlungsfähiger zu machen? Wir reduzieren den starken Staat nicht auf die Forderung nach „mehr Polizei“. Ein starker, handlungsfähiger Staat muss die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten, er muss in Infrastruktur investieren können und so stark sein, dass er die gesellschaftlichen Herausforderungen erkennen und auch langfristig bewältigen kann. Das bedeutet konkret:

- Ein gutes Bildungssystem, das allen offensteht und Chancengleichheit gewährleistet.
- Ein gutes und gerechtes Gesundheits-, Pflege- und Rentensystem.
- Eine funktionierende und bezahlbare Wasser- und Energieversorgung.
- Innere Sicherheit, so dass sich die Menschen möglichst sicher fühlen können.
- Eine funktionierende Justiz, in der alle auch ihr gutes Recht erhalten.
- Investitionen in Arbeitsplätze, Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft.
- Bezahlbarer Wohnraum.
- Eine leistungsfähige Infrastruktur von der Straße über die Schiene bis zum Breitband.
- Mobilität und Teilhabe aller Menschen in allen Regionen.

Soziale Sicherungssysteme, öffentliche Daseinsvorsorge und innere Sicherheit sind die Basis für ein gutes und sicheres Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger. Ein handlungsfähiger Staat kann und will Zukunftsaufgaben anpacken, Arbeitsplätze sichern und Sachsen so auch für künftige Generationen lebenswert machen. Er trägt zu einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung mit guten Arbeitsbedingungen bei, auch indem er ungerechte Lohnentwicklungen wieder ins Lot bringt. Er sorgt dafür, dass es im Land gerecht und sozial zugeht. Er schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt und ermöglicht eine echte

Leitantrag

Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger. Erfolgreiche Inklusion ist ein Kennzeichen für einen handlungsfähigen Staat. Er denkt an die zukünftigen Generationen, indem er eine Politik der nachhaltigen Entwicklung verfolgt sowie Klimawandel und Ressourcenverknappung als Herausforderungen angeht. Er versucht die Menschen nicht zu belasten, sondern ihnen Steine aus dem Weg zu räumen. Ein starker Staat – Exekutive wie Legislative – packt Probleme frühzeitig an, entwickelt Lösungen gemeinsam mit seinen Bürgerinnen und Bürgern und arbeitet tatkräftig an ihrer Umsetzung.

Eine starke demokratische Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat gehören für die SPD untrennbar zusammen. Ein starker Staat ohne eine starke Bürgerschaft droht technokratisch und antidemokratisch zu werden. Er verwaltet an den Menschen vorbei, erklärt nichts und stellt Gewohnheiten selten in Frage. Eine starke demokratische Bürgergesellschaft bedeutet keine lästige Störung des Verwaltungshandelns. Wir wollen einen Staat, der konstruktiver Kritik souverän begegnet und sie als Gewinn sieht, um Projekte besser, effizienter und effektiver zu gestalten. Parteien haben dabei eine Doppelrolle: Sie handeln sowohl durch Mandate und Positionen in der Regierung oder der Verwaltung. Sie sind aber auch Mitgliederorganisationen, die Interessen und Forderungen von Bevölkerungsgruppen bündeln und vertreten.

Eine starke Bürgergesellschaft ist ohne einen handlungsfähigen Staat nicht möglich. Ihr Fehlen gefährdet den sozialen Zusammenhalt. In der Vergangenheit wurde die Stärkung bürgerlichen Engagements oft als Alibi benutzt, um staatliche Strukturen abzubauen. Einen schwachen Staat können sich aber nur Reiche leisten.

II. Wo steht Sachsen heute?

Der Staat in Sachsen hat in den letzten 25 Jahren in vielen Bereichen gehandelt. Die Hinterlassenschaften von 40 Jahren Planwirtschaft – über Jahrzehnte nicht getätigte Investitionen, eine zerstörte Umwelt und eine veraltete und teils verfallene Infrastruktur – wurden erfolgreich beseitigt. Kitas und Krippen blieben erhalten und wurden reformiert, die ostdeutschen Renten garantiert und schrittweise angepasst, um nur einige Punkte zu nennen. Wir stimmen nicht in den Chor jener ein, die Deutschland und Sachsen kurz vor dem Untergang sehen. Wir haben viele große Herausforderungen der Vergangenheit wie hohe Arbeitslosigkeit oder die Finanzkrise insgesamt gut gelöst. Das bedeutet jedoch nicht, dass es keine Ungerechtigkeiten und Probleme gibt.

Es war eine Bürgerbewegung, die 1989 mit ihren Forderungen nach Einführung demokratischer Institutionen und Rechte den Anstoß zur Friedlichen Revolution gab. In der DDR wurde jede Minderheit misstrauisch beäugt, eine pluralistische Meinungsbildung war verboten, Bürgerinitiativen wurden ausspioniert. Es durfte keine demokratische Bürgergesellschaft geben, weil der Staat alles kontrollieren wollte. Heute ist eine bunte und vielfältige Initiativenlandschaft und Bürgergesellschaft in Sachsen entstanden. In allen gesellschaftlichen Bereichen – ob Sport, Kultur, Ökologie oder Soziales – engagieren sich Bürgerinnen und Bürger. Zehntausende Sächsinen und Sachsen haben etwa in den letzten Jahren geflüchtete Menschen unterstützt. Doch trotz dieser positiven Entwicklungen ist die sächsische Bürgergesellschaft nicht so entwickelt, wie sie es sein könnte. Manches Misstrauen und manche Bevormundung, die wir auch aus DDR-Zeiten kennen, und oftmals allzu große Staatsgläubigkeit scheinen an einigen Stellen wieder einzuziehen.

Leitantrag

Folgende Entwicklungen haben einen handlungsfähigen Staat und die sich entwickelnde demokratische Bürgergesellschaft geschwächt:

- **Seit 1990 findet in Sachsen ein enormer Strukturwandel statt.** Viele Regionen haben zehntausende Einwohnerinnen und Einwohner verloren, nur die beiden größten Städte gewinnen seit 15 Jahren wieder Menschen hinzu. Die Steuer- und Finanzkraft der einzelnen sächsischen Kommunen und Regionen ist sehr unterschiedlich. Dies hat Konsequenzen: Die Menschen in strukturschwachen Gebieten spüren, dass sich der Staat zurückzieht und zeitweise nicht mehr handlungsfähig ist, wenn etwa Polizei oder Krankenwagen lange Anfahrtswege haben. Wenn Zug- und Busverbindungen genauso verschwinden wie Arztpraxen, Schulen, Jugendclubs oder Sparkassen. Eine engagierte Bürger/innengesellschaft hat es dort schwer, weil der Nachwuchs sich aufgrund der größeren Verwirklichungsmöglichkeiten und der sich bietenden Arbeitsplätze für die strukturstärkeren Regionen entscheidet. Die von Zuwachs und wirtschaftlichem Aufschwung profitierenden Großstädte stehen auf einmal vor neuen Problemen: steigende Mieten, eine zunehmende soziale Spaltung, überfüllte Schulen und durch den Bauboom verschwindende öffentliche Räume. Wo noch vor Jahren der Abriss von Plattenbauten gefördert wurde, besteht jetzt dringender Bedarf für bezahlbaren Wohnraum. Wo Schulen und Kitas geschlossen wurden, müssen jetzt neue errichtet werden. Nicht zuletzt sind alle Regionen und Städte Sachsens seit 1990 vom wirtschaftlichen Umbau Ostdeutschlands betroffen, der durch die aktuelle, die vierte industrielle Revolution („Digitalisierung“) noch beschleunigt wird.
- **Die staatliche Handlungsfähigkeit in Sachsen wurde aktiv ausgehöhlt, eine demokratische Bürgergesellschaft ausgebremst statt gefördert.** 1990 hat die CDU Sachsen zu einem neoliberalen Versuchsfeld gemacht und behauptet der Markt mache alles besser als der Staat. Es ging nie allein um „weniger Steuern“ oder einen „ausgeglichene[n] und generationengerechten Haushalt“, wie CDU und FDP behaupteten. Es ging darum, den Staat und die Politik aus Wirtschaft und Gesellschaft zu verdrängen. Politik hatte allein das umzusetzen, was der Wirtschaft nutzte. Starke Gewerkschaften, Personal- und Betriebsräte wollte man nicht, weil sie als Hindernis galten. Der Staat sollte lediglich für Sicherheit sorgen und Privateigentum schützen. An einer demokratischen Bürgergesellschaft, die sich einmischt, bestand in Sachsen kein Interesse. Auf politische Bildung wurde keinen Wert gelegt. Aus dem Westen übernommene Strukturen und Institutionen wurden bewusst entpolitisiert und entdemokratisiert – und mit ihnen große Teile der gesamten Gesellschaft. In keinem Bundesland setzt politische Bildung an Schulen so spät und mit so wenigen Stunden ein wie in Sachsen.

Auch die SPD ist in der Vergangenheit zu oft dem **neoliberalen Zeitgeist hinterhergelaufen** oder hat sich ihm ergeben. Und wir haben in dieser Zeit auch **Fehler** gemacht. **Wir arbeiten hart daran, diese Fehler zu korrigieren.**

- **Das Vertrauen der Sächsischen und Sachsen in den neuen Staat wurde mehrfach erschüttert.** Auf staatliche Einmischung und Marktregulierung wurde schon bei der Deutschen Einheit durch CDU und FDP weitgehend verzichtet. Die Privatisierungen der Treuhand haben in der Regel nicht die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen hergestellt, Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Sie hat stattdessen streng ihrem Privatisierungsauftrag den Markt bereinigt – oft zum Vorteil

Leitantrag

der westdeutschen Konkurrenz. Häufig wurde nicht entwickelt, sondern abgewickelt. Hinzu kommen manche kriminellen Machenschaften, von denen die meisten ohne strafrechtliche Konsequenz blieben. Auch deshalb wurde die Treuhand zum Symbol eines ungezügelter Kapitalismus. Ostdeutschland hatte das erste neoliberale Desaster weit vor dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers.

- Mit der friedlichen Revolution endete die Diktatur in Ostdeutschland. Dies bedeutete für viele nicht nur das Ende staatlicher Gewaltherrschaft, von Bespitzelung und Willkür. Es bedeutete auch eine **echte Freiheit** von staatlicher Gängelung. Manche konnten endlich studieren, andere die Welt bereisen oder sich beruflich verwirklichen. Viele waren froh, den Mangel der staatlichen Planwirtschaft hinter sich zu lassen. Doch gleichzeitig wurde der Staat in der DDR auch für alles verantwortlich gemacht. **Nun regelte der Staat plötzlich nicht mehr alles. Man war für sein eigenes Handeln verantwortlich – und musste auch die Konsequenzen daraus tragen. Das musste erst erlernt werden.** Hier scheiterten anfangs viele. Oft entschied der Zufall, manche hatten einfach Pech.
- Es wurde teilweise verdrängt oder vergessen, dass es in den **Jahren** nach 1990 zu einem **Zerfall staatlicher Kontrolle** kam. Die Beschreibung „wilder Osten“ war nicht zufällig gewählt: Staatliche Kontrolle gab es in der Zeit dieses Umbruchs an vielen Stellen nicht mehr. Für manche ist diese kurze Zeit der ‚Anarchie‘ bis heute ein Leitbild einer demokratischen Bürgergesellschaft und des gesellschaftlichen Aufbruchs. Doch auf der anderen Seite wurden 1990 viele Ostdeutsche alleine gelassen, beispielsweise als sie **mit übersteuerten, schrottreifen Gebrauchtwagen und unnützen Versicherungen betrogen wurden**. Viele Leute fragten sich damals: Und das soll Demokratie sein?
- Eine weitere Kehrseite dieser Zeit: Aufgrund der unzureichenden gesellschaftlichen Aufarbeitung der Nazi-Diktatur und der teilweisen Übernahme der dort betriebenen Propaganda hatte sich in der DDR ein erhebliches Problem faschistischer Einstellungen und der daraus resultierenden Gewalt erhalten. Was vor der Wende größtenteils vertuscht und als ‚Rowdytum abgetan wurde, trat nun zügellos und von staatlicher Seite kaum gebremst offen zutage.
- **Nicht zuletzt wurde das zarte Pflänzchen demokratischer Beteiligung nach 1990 bewusst und unbewusst am Wachsen gehindert.** Viele hatten die „Runden Tische“ am Ende der DDR als eine basisdemokratische Sternstunde erlebt. Überall wurde über Politik und Demokratie geredet. Doch diese neu entstandene Bürgergesellschaft wurde nach 1990 ignoriert. In der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat wurde 1992 von CDU und FDP die Einführung einer Volksgesetzgebung verhindert. In der Folgezeit führten Umbrüche, Enttäuschungen sowie persönliche Anstrengungen, im neuen System eine Existenz aufzubauen, bei vielen in Sachsen (politisch) Aktiven zu einem Rückzug ins Private.
- **Die Politik der Sachsen-CDU wird seit Jahren von dem mantrahaften Ehrgeiz getrieben, sich als Land mit der geringsten Verschuldung zu profilieren.** Dies hat nichts mehr mit solider Finanzpolitik zu tun. „Sparen“ ist kein Selbstzweck. Solide Finanzpolitik verlangt neben zurückhaltenden Staatsausgaben eben auch notwendige Investitionen – gerade dann, wenn sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen und

Leitantrag

Herausforderungen ändern. Nicht nur bei Justiz, Polizei, Schulen und Hochschulen hatten die Kürzungen nichts mehr mit der augenscheinlichen Alltagsrealität zu tun. Politische Gestaltung und Richtlinienkompetenz wurden und werden bisweilen an das Finanzministerium und seinen Apparat abgegeben. Während parallel an vielen Stellen Kürzungen durchgesetzt wurden, prägten schwer zu durchschauende Finanzpolster und regelmäßige Haushaltsüberschüsse bereits die finanzpolitische Realität in Sachsen. So entstand vielfach zu Recht der Eindruck, nicht die Realität und erst recht nicht zukünftige Herausforderungen, sondern die Kürzungsziele des Finanzministers bestimmten die Politik des Freistaats.

Die Folgen sind heute unübersehbar: an vielen Stellen bröckelt die Handlungsfähigkeit des Staates. **Sachsen fährt auf Verschleiß:** Bei den Einstellungen von Lehrerinnen und Lehrern wurde jahrelang derart gekürzt, dass der reguläre Schulbetrieb mittlerweile in Gefahr ist. Von guter Bildung für alle kann nicht mehr die Rede sein. Junge Lehrerinnen und Lehrer hatten kaum Chancen, eingestellt zu werden, so dass eine gute Mischung von Jung und Alt nicht mehr gegeben ist. In den vergangenen fünf Jahren ist der Krankenstand unter den Lehrern um 20 Prozent gestiegen. Das gleiche bei der Polizei: Krankmeldungen und Erschöpfung bei Polizistinnen und Polizisten nahmen erschreckend zu. Der Verschleiß macht sich auch in Teilen unserer Infrastruktur bemerkbar.

Das vermeintliche Sparen wird uns teuer zu stehen kommen: Als SPD machen wir Politik für eine gerechtere Gesellschaft. Anderen sind Kürzungen im Haushalt wichtiger als individuelle Schicksale und gesellschaftliche Schief lagen. Ihnen sei gesagt: Was wir heute gerade in Bildung investieren, sparen wir in der Zukunft beim Arbeitslosengeld II ein. Eine Mehrinvestition in Schulsozialarbeit kostet mittelfristig weniger als ein Platz im Jugendknast.

Die staatliche Handlungsfähigkeit steht teilweise in Frage: Das vom Ministerpräsidenten vor Jahren ausgegebene Ziel, die Staatsbediensteten pauschal auf 70.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzubauen, war ein großer Fehler. Es wurde nicht ermittelt, welches Personal der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, es wurden einfach überall Stellen gekürzt. Heute haben dies Eltern, Angestellte, Ehrenamtliche, Entscheidungsträger und -trägerinnen auf allen Ebenen, Lehrkräfte, Polizei, die Opfer von Straftaten oder die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auszubaden. Dass der Unterricht durch ausreichend Lehrerinnen und Lehrer gesichert wird, steht durch die Kürzungspolitik der letzten Jahre in Frage. Beim Umgang mit der Flüchtlingssituation sowie mit der Hetze und der Gewalt von ausländerfeindlichen und rechtsextremen Bewegungen schien der Staat teilweise völlig überfordert. Die Kürzungen bei der Justiz bedrohen die Funktionsfähigkeit unseres Rechtssystems. Der Staat scheint bisweilen auch nicht mehr in der Lage zu sein, auf seinem Territorium vor Übergriffen auf Leib und Leben oder Eigentum zu schützen. Die Neoliberalen haben selbst dem Nachtwächter gekündigt – und wundern sich jetzt, dass das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt wird. Es darf aber nicht sein, dass Sicherheit an manchen Orten privatisiert wird. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass ihnen im Notfall schnell geholfen wird und sie vor Straftaten geschützt werden. Gewalttätige und Hetzer jeder Art sowie Rechtspopulisten versuchen, dieses Vakuum für einen Angriff auf Demokratie und Andersdenkende zu nutzen.

Der Sozialstaat wurde immer stärker zum neoliberalen Wettbewerbsstaat: In Sachsen, wie in anderen Teilen Deutschlands auch, wuchs die Wirtschaft allzu oft auf dem

Leitantrag

Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In Sachsen gibt es wegen der Niedriglohnpolitik der CDU und der Arbeitgeberverbände besonders viele, die durch die geringen Löhne nach Jahren genauso in der Grundsicherung landen werden wie Arbeitslose, die nie in die staatliche Rentenversicherung einzahlen konnten. Gewerkschaften wurden vielfach nicht als Partnerinnen, sondern als verzichtbar und wenn überhaupt als notwendiges Übel angesehen. In Sachsen gibt es auch keine echte Chancengleichheit: Im sächsischen Schulsystem werden viel zu viele Kinder zurückgelassen. Fast jeder zehnte sächsische Jugendliche verlässt die Schule ohne Schulabschluss. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der kein Kind zurücklässt. In Förderrichtlinien und staatlichen Programmen spielte die Frage nach fairen Löhnen oder Leiharbeit keine Rolle. Während man sich für die Haushaltspolitik feierte, verschwieg man, dass beispielsweise in der Sozialarbeit oder an Universitäten prekäre Arbeit entstand. Es war in der Folge oft der Staat, der etwa im Sicherheitsgewerbe Standards bei der Auftragsvergabe drückte. Auch staatliche Politik hatte so seinen Anteil an der sächsischen Niedriglohnstrategie. Man hörte im Fernsehen, dass Tariflöhne steigen – die die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen allerdings gar nicht bekommen. Oder man las, dass Steuereinnahmen sprudeln – und zugleich das Schwimmbad um die Ecke geschlossen wurde.

Das Vertrauen in Staat und Demokratie sinkt: Von dieser Entwicklung ist nicht nur Sachsen betroffen. Wir beobachten überall eine soziale Spaltung der Wahlbeteiligung. Überspitzt gesagt: Wer Geld hat, geht wählen, wer wenig Geld hat, hat die Hoffnung in „die Politik“ aufgegeben. Überall ist die Unterstützung rechtspopulistischer Parteien gestiegen, nicht nur im Freistaat. Gleichwohl ist Sachsen eben trauriger Spitzenreiter bei rechtsextremen Vorkommnissen. Die Politik der letzten 25 Jahre hat jene Bewegungen am extrem rechten Rand besonders gedeihen lassen, die den pluralistischen Staat und eine demokratische Bürgergesellschaft in Frage stellen. Viele fordern heute eine „starke Hand, die endlich aufräumt“ und unterstützen das autoritäre Staatsmodell Russlands oder Ungarns. Im ländlichen Raum ist in manchen Gegenden eine rechtsextreme Subkultur entstanden, die demokratische Institutionen des Staates und der Bürgergesellschaft offen angreifen. Nicht minder beobachten wir mit großer Besorgnis die gezielten Angriffe auf unsere Polizei.

Die demokratische Bürgergesellschaft ist zu schwach: Um den Rückzug des Staates und das bestehende Misstrauen auszugleichen, setzten die Konservativen allein auf Bekenntnisse, Symbole und rückwärtsgewandten Patriotismus, nicht auf eine demokratische Bürgergesellschaft. Eine demokratische (Diskussions-)Kultur ist in Sachsen wenig ausgeprägt, weil Politik und Staat oft von oben herab agieren und Bürgerinnen und Bürger sowie kritische zivilgesellschaftliche Akteure nicht als gleichwertige Partner akzeptieren – und weil es allerorten an politischer Bildung mangelt. Auch die Herkunft mancher Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung aus ehemaligen Blockparteien und konservativen westdeutschen Verwaltungen führte dazu, dass der Staat meist allein von oben gedacht wird. Mit Widerspruch und Bürgerbeteiligung kommt man oft nicht klar. Bürgerbeteiligung scheint häufig nur ein Alibi oder gar eine Showveranstaltung zu sein und wird nicht ernst genommen. Viele schweigen deshalb in der Öffentlichkeit, weil sie Nachteile für ihre berufliche Laufbahn erwarten. Bürgerengagement gegen rechts wird als Linksextremismus oder Nestbeschmutzung wahrgenommen. Zugleich begegnet man immer wieder einer Verwaltung, welche die gebotene politische Neutralität nicht von einer demokratischen Grundhaltung

Leitantrag

unterscheiden kann. Selbstgefällige lokale Eliten ducken sich weg. Eine kritische Bürgergesellschaft konnte sich kaum entwickeln. Gesellschaftliche Debatten über Demokratie, die Nachwendezeit, über soziale Ungerechtigkeit oder über Werte des Zusammenlebens fanden zu selten statt. Die Folgen sehen wir heute: Vertretern der extremen Rechten gelingt es in Sachsen überproportional oft, Bürgerinnen und Bürger aufzuhetzen. Es ist kein Zufall, dass Pegida in Sachsen entstanden ist.

III. Sachsen profitiert von einer starken SPD in der Regierung

Fehler und Verantwortlichkeiten müssen zwar benannt werden – das sind die Spielregeln der Demokratie. Gleichzeitig reicht es aber nicht, zu lamentieren und nur über die Fehler der Vergangenheit zu reden. Ein Ausdruck von Stärke ist es, Kritik anzunehmen und selbstkritisch zu sein, Fehlentwicklungen zu erkennen und sich damit dauernd zu verbessern. Wir wollen deshalb in die Zukunft schauen – auch mit Blick auf die Erfahrungen der Vergangenheit, den guten und den schlechten.

Wir machen den Staat wieder handlungsfähig

Wir können die Fehler der Vergangenheit nicht von heute auf morgen lösen. Aber wir haben einiges erreicht: Das unsinnige Ziel der schwarz-gelben Vorgängerregierung, die Stellen im öffentlichen Dienst um rund 15.000 auf 70.000 Stellen zu reduzieren, ist vom Tisch. Die Streichung von aktuell noch 2.400 Stellen wurde bis 2020 verschoben. 1.200 Stellen bei Polizei und Justiz bleiben erhalten.

Weil in den kommenden Jahren viele Staatsbedienstete in den Ruhestand gehen und der absehbare Personalverlust die Handlungsfähigkeit in den Behörden in Frage gestellt hätte, wollen wir einen **„Personalpool“ nicht fest an einzelne Behörden gebundene Stellen** schaffen, um mindestens zwei Jahre vor Ausscheiden von Beschäftigten die Übergabe von vorhandenem Wissen zu garantieren.

Um handlungsfähig zu sein, braucht der Staat entsprechende Strukturen. Die Kürzungspolitik – bis heute von CDU und FDP vertreten – ging zu Lasten eines leistungsfähigen und bürgerfreundlichen öffentlichen Dienstes. Die Kritik an mangelnden Leistungen des öffentlichen Dienstes trifft die Beschäftigten, überträgt sich auf den Staat und mündet in Politikverdrossenheit. Zudem finden diejenigen Unterstützung, die öffentliche Daseinsvorsorge privatisieren wollen.

Der Fachkräftemangel wird auch den Staat in einen bislang ungewohnten Wettbewerb um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zwingen. Gute Bezahlung, Motivation, lebensnahe Arbeitsbedingungen und faire Aufstiegschancen sind unabdingbar, um in diesem Wettbewerb zu bestehen.

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und das Verhindern ihrer demokratischen Kontrolle widersprechen unserem Ansatz des handlungsfähigen Staates. Es ist gut, dass dieser Prozess weitestgehend beendet ist. Oftmals waren externe Lösungen sogar teurer. Wo es sinnvoll ist, wollen wir alternativ zu staatlichen Strukturen gezielt genossenschaftliche Organisationsformen fördern.

Leitantrag

Wir wissen natürlich auch, dass der Staat nicht alles lösen kann. So haben etwa die Deindustrialisierung Sachsens nach der Wiedervereinigung und seine Reindustrialisierung als Werkbank großer westdeutscher und transnationaler Unternehmen dazu geführt, dass dem handlungsfähigen Staat Grenzen gesetzt sind. Unternehmen können heute wählen, wo sie investieren und welche Standorte sie schließen. Das gibt ihnen eine enorme Verhandlungsmacht. Trotzdem hat Politik Gestaltungsmacht. Das Klischee, nicht die Politik, sondern die Wirtschaft habe die Macht, stimmt nicht: Auf Bundesebene sind Entscheidungen wie die Einführung des Mindestlohns oder das Ende der Atomenergie Beispiele, wie Staat und Politik eingreifen und die Rahmenbedingungen neu justieren können. Die Arbeitskämpfe in großen transnationalen Unternehmen wie DHL oder Amazon zeigen, wie wichtig starke Gewerkschaften sind, um Unternehmen ihre Grenzen und ihre soziale Verantwortung aufzuzeigen. Umgekehrt ist ein handlungsfähiger Staat auch ein Standortfaktor, der denjenigen Unternehmen hilft, denen Rechtssicherheit, Infrastruktur und gut ausgebildete Beschäftigte wichtig sind.

Wir stärken die demokratische Bürgergesellschaft

Ohne demokratisches ehrenamtliches Engagement wäre Sachsen ärmer. Wir haben deshalb die Ehrenamtsförderung gestärkt und das Förderprogramm ‚Wir für Sachsen‘ auf 10 Millionen Euro jährlich erhöht. In diesem Zuge werden jetzt 80 Euro mehr Aufwandskostenpauschale für Ehrenamtliche gezahlt. Gleichzeitig darf eine starke Bürgergesellschaft nicht als Feigenblatt verwendet werden, um Mittel zu beschränken. Ohne Hauptamt geht dem Ehrenamt oftmals die Luft aus. Wir wollen die Demokratie in Sachsen stärken. Als Antwort auf die Zweifel an ihr brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Demokratie. Viele Menschen in Sachsen möchten nicht nur mitreden, sondern die Möglichkeit haben, auf verschiedenen Ebenen wirklich mitzubestimmen, insbesondere über ihre nahe Umgebung, ihre Gemeinde, ihr Stadtviertel und an ihrem Arbeitsplatz. Daher fordern wir die Ausweitung der Mitbestimmung des Betriebsrates zu Fragen der Aus- und Weiterbildung, der Gleichstellung von Männern und Frauen und dem Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern. Weitere Maßnahmen haben wir bereits beim Landesparteitag 2013 mit unserem Antrag „Demokratieoffensive Sachsen“ beschlossen. Einige davon können wir auch in der Koalition umsetzen. Hier sind allerdings mit unserem Koalitionspartner noch viele dicke Bretter zu bohren.

Wir wollen das Wahlalter auf 16 Jahre senken. In einem ersten Schritt auf kommunaler Ebene, in einem zweiten auf Landesebene. Wir halten wie viele andere zudem daran fest, die direkte Demokratie in Sachsen zu stärken – denn wir sehen mehr direkte Demokratie als eine Ergänzung zur parlamentarischen Demokratie. Dringend müssen wir die Quorums-Bestimmungen verändern: Bislang werden sie in absoluten Zahlen angegeben. Bei einem Rückgang der Bevölkerungszahl bedeutet das aber, dass es immer schwieriger wird, einen Volksantrag auf die Beine zu stellen. Zudem wollen wir das Quorum insgesamt senken: Auf Landesebene für Volksbegehren von derzeit über 13 Prozent (bzw. 450.000 Stimmberechtigte) auf 5 Prozent der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger; für Volksanträge von derzeit 1,2 Prozent (bzw. 40.000 Stimmberechtigte) auf 1 Prozent.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten spielen nicht die direkte gegen die parlamentarische Demokratie aus. Hinter manchem Befürworter von direkter Demokratie steckt ein Anti-Demokrat, der Parlamente und Parteien abschaffen und eine autoritäre Herrschaft errichten will, die sich auf einen vermeintlichen „Volkswillen“ bezieht. Wir wollen

Leitantrag

hingegen eine echte Verschränkung der direkten Demokratie mit den bestehenden parlamentarischen Verfahren. Ein Volksantrag soll im Landtag ebenso verbessert werden können wie jeder Antrag der Regierung oder einer Fraktion. Sämtliche Offenlegungspflichten, die für Parteien gelten, sollen auch für die Initiatoren von Volksentscheiden gelten. Es muss gutes Informationsmaterial zu den Volksanträgen bereitgestellt werden, damit sich Bürgerinnen und Bürger informieren können. So werden die erfolgreichen parlamentarischen Diskussions-, Verhandlungs- und Kompromisspotentiale auch bei direktdemokratischen Gesetzgebungsverfahren nutzbar – und wir können besser gewährleisten, dass nicht das Einzelinteresse oder die größte Empörung, sondern vor allem das Interesse des Gemeinwohls Gehör findet.

Wir brauchen aber nicht nur mehr Partizipation. Viele Leute haben nicht die Kraft oder das Expertenwissen, sich für ihre eigenen Interessen öffentlich einzusetzen. Ihnen fehlen die Kontakte oder sie trauen sich einfach nicht. Manchen fehlt zudem schlicht das Geld, damit Anwaltskanzleien oder Rechtsschutzversicherungen für ihre Interessen streiten können. Für diese Menschen brauchen wir Expertinnen und Experten, die sich im Stadt- und Ortsteil um konkrete Probleme von Menschen in den sächsischen Gemeinden und Städten kümmern. Wir wollen eine finanzielle Unterstützung der Kommunen für solche „Kümmerer“, die zusammen mit Quartiersmanagement, Streetwork und Bürgerpolizei zusammenarbeiten sollen. Auch diese Strukturen müssen ausgebaut werden, um eine Gemeinschaft im Stadtteil oder in der Gemeinde zu stärken. Weil solche „Kümmerer“ Vertrauen brauchen, müssen solche Programme langfristig angelegt sein.

Einiges wurde bereits auf den Weg gebracht. Wir finden es gut, dass Wohnungsgenossenschaften damit beginnen, „Kümmerer-Strukturen“ aufzubauen, weil ihre Mieterinnen und Mieter immer älter werden oder weil sie die Bedarfe in ihrem Wohnumfeld erkannt haben. Menschen mit Behinderung und ältere Menschen wollen und sollen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihren eigenen vier Wänden wohnen können. „Kümmerer“-Strukturen könnten dies zum Beispiel zusammen mit Pflegediensten ermöglichen.

Wir wollen die demokratische Kultur in Sachsen insgesamt stärken. Nur in solcher Umgebung kann eine demokratische Bürgergesellschaft gedeihen. Hier spielen die öffentlichen Verwaltungen und der öffentliche Dienst eine wichtige Rolle. Wir werden Vorschläge für die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes vorlegen, die aber erst in der nächsten Wahlperiode vonstattengehen wird. Doch es geht auch um einen anderen Umgang, sowohl innerhalb der Behörden wie auch zwischen Verwaltung und Bürgerschaft. Staatliche Akteure müssen Bürgerinnen und Bürgern mehr erklären. Bürgerbeteiligung muss ernst genommen und als Gewinn gesehen werden. Inklusion muss vorangetrieben werden. Wir wollen, dass sich Verwaltungsstrukturen mit diesem Thema beschäftigen und Möglichkeiten der Verbesserung vorlegen.

Verwaltung und Politik müssen zivilgesellschaftlich Engagierten auf Augenhöhe begegnen. Gleichzeitig ist das Bemühen um eine bessere demokratische Kultur keine Einbahnstraße: Manche Bürgerinnen und Bürger müssen ihre empörte und wütend aggressive Haltung gegenüber „denen da oben“ ablegen. Einige zivilgesellschaftliche Akteure sollten ihren tiefsitzenden Argwohn gegenüber Staat, Politik und Parteien überdenken. Wir wenden uns gegen das überzogene Misstrauen gegenüber jedem Handeln von Verwaltung und Staat. Wir wenden uns gegen alle Reichsbürgerinnen und Reichsbürger, gegen Verschwörungstheorien, gegen jede Art von Populismus sowie gegen jene, die mit Gewalt

Leitantrag

gegen staatliche Institutionen und deren Repräsentantinnen und Repräsentanten vorgehen.

Weil wir zunehmend Angriffe auf unser demokratisches Zusammenleben wahrnehmen, muss sich unser Rechtsstaat diesen Fragen besonders widmen. Wir haben eine wehrhafte Demokratie, die vor allem rechtsextreme Vorfälle nicht unter den Teppich kehrt, sondern strafrechtlich verfolgen soll. Der Staat kann die Demokratie aber nicht allein schützen. Er braucht dafür seine Bürgerinnen und Bürger, die er fördern muss, statt sie zu gänkeln. In einem ersten Schritt haben wir die Extremismusklausel abgeschafft, die mit einem Pauschalverdacht Misstrauen gegenüber Demokratie-Initiativen zum Ausdruck brachte. Wir haben in einem zweiten Schritt die Mittel des Programms „Weltoffenes Sachsen“ auf fünf Millionen Euro erhöht und wollen sie im nächsten Doppelhaushalt weiter anheben. In einem dritten Schritt wollen wir bürokratische Hürden abbauen, um Initiativen und Projekten den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern. Unser Ziel ist eine ganzheitliche Strategie gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit und für Demokratie, welche in der Zuständigkeit eines Ministeriums liegt und deren Förderung somit aus einer Hand erfolgt.

Wir wollen unser Schulsystem langfristig sichern

Ein starker und bürgerschaftlicher Staat braucht starke und demokratische Schulen. Er nimmt seine Verantwortung für die Bildung der heranwachsenden Generationen in einer Form wahr, die dem demokratischen Charakter unserer Gesellschaft entspricht: Er setzt klare Standards und verbindliche Bildungsziele, sichert die materiellen und personellen Ressourcen - überträgt aber die Verantwortung für die konkrete Gestaltung der Bildungsprozesse an jede einzelne Schule. Er lässt sie mit dieser Verantwortung nicht neoliberal allein, sondern stellt ihnen ein starkes Unterstützungssystem an die Seite. Wir wollen an den Schulen den demokratischen Raum für bürgerschaftliches Engagement schaffen und müssen dafür unsere Schulen aus hierarchischen Verwaltungsstrukturen entlassen. Nur so können wir nicht nur das Eingehen auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen sichern. Nur so können wir auch ganz wesentlich das angekratzte Fundament der demokratischen Bürgergesellschaft erhalten und stärken: Denn Teilhabe lässt sich auch an Schulen nur durch Teilhabe erlernen. Demokratie kann nur wertschätzen, wer deren Wert im Alltag erfahren hat. Dieses neue Herangehen entspricht den Wünschen vieler bildungspolitisch engagierter Sachsen und bleibt für die SPD wichtiges bildungspolitisches Ziel. Es darf nicht über den aktuellen Nöten mit der Ausstattung der Schulen vergessen werden – auch wenn wir diese Nöte natürlich auch sehen.

Es zeugt sicher von Engagement, wenn Eltern die Wände in den Klassenzimmern in Eigenleistung streichen. Für uns ist dies jedoch Aufgabe des Staates. Auch deshalb muss das Kooperationsverbot aufgehoben werden. Die aktuelle Vereinbarung zum Bund-Länder-Finanzausgleich eröffnet hier neue Möglichkeiten. Nur so wird der Bund langfristig mitinvestieren können, um zum Beispiel Bildungsinfrastruktur zu schaffen oder sie zu sanieren. Es ist ein Zeichen eines handlungsfähigen Staates, wenn Schulen und Kindereinrichtungen in einem modernen Zustand sind. Das Engagement der Eltern ist in mehr Mitbestimmung oder der Arbeit mit Kindern viel besser aufgehoben.

Auf Druck der SPD und mancher Fachpolitiker unseres Koalitionspartners sind wir der Sicherung des Schulsystems in Sachsen gegen heftigen Widerstand aus den Reihen der

Leitantrag

CDU nähergekommen. Lehrkräfte werden nun endlich unbefristet eingestellt. Die Ausbildungskapazitäten an den Universitäten haben wir mehr als verdoppelt. Die Zahl der Stellen im Vorbereitungsdienst haben wir deutlich erhöht. Wir haben den Stellenabbau aufgehoben und dafür gesorgt, dass nicht nur jede freiwerdende Stelle wiederbesetzt werden kann, sondern darüber hinaus mehr als 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Das reicht jedoch nicht aus. Mögliche weitere Schritte sind:

- Wir gestalten das Arbeiten für Lehrkräfte nach dem 63. Lebensjahr so, dass es attraktiver ist als eine vorzeitige Rente mit Abschlägen. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten: Anrechnungsstunden, Altersteilzeit oder Ein-Fach-Einsätze.
- Um junge Lehrkräfte zu gewinnen, braucht es eine klare und verbindliche Perspektive zur gleichen Bezahlung in allen Schularten – dies macht auch das Grund- und Oberschullehramt attraktiver.
- Der Freistaat muss in einem hart umkämpften Markt als attraktiver Arbeitgeber auftreten. Dazu sollen die Bildungsagenturen um jede Bewerberin und jeden Bewerber kämpfen und alle Register ziehen, um junge Menschen zu gewinnen. Am Ende reichen finanzielle Anreize allein nicht. Junge Menschen müssen auch sehen, dass sie in Sachsens Schulen eigene Ideen umsetzen und ihre Bildungsvorstellungen verwirklichen können. Dafür brauchen sächsische Schulen Freiheit und Eigenverantwortung – und eine Kultur, in der Innovation, Engagement und Kreativität wertgeschätzt und gefördert werden.
- Wir müssen Maßnahmen ergreifen, die erst längerfristig Wirkung zeigen werden – aber dafür nicht nur das Personalproblem lösen helfen, sondern noch viel mehr schaffen: Nämlich die Qualität unseres Bildungssystems verbessern. Hier gehören die Modernisierung unserer Lehrpläne und die Umgestaltung der Lehramtsprüfungsordnungen samt Lehramtsstudium unbedingt dazu.

Den Beteiligungsprozess beim Schulgesetz haben wir sehr begrüßt. Das CDU-geführte Kultusministerium hat die Ergebnisse des Prozesses aber kaum berücksichtigt. Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag bringt deshalb die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in die parlamentarischen Verhandlungen ein.

Für die SPD gehören zu einem starken Staat auch starke Schulen. Wir wollen ihnen mehr Freiheit geben. Wir wollen die demokratische Mitbestimmung an den Schulen stärken. Wir haben die Konsequenzen aus dem Gerichtsurteil zu den Freien Schulen gezogen. Diese sind jetzt mit den staatlichen Schulen weitestgehend gleichgestellt und entsprechend mit finanziellen Mitteln ausgestattet.

Wir wollen den vorsorgenden Sozialstaat stärken

Ein handlungsfähiger Staat ist nicht nur für die Leistungsfähigen und Eigenverantwortlichen da. Der vorsorgende Sozialstaat bekämpft Armut, eröffnet den Menschen gleiche Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben, gewährleistet gerechte Teilhabe und sichert die großen Lebensrisiken verlässlich ab. Daher sind ein gerechtes Bildungssystem oder die Familienhilfe genauso wichtig wie Armut zu verhindern. Eine starke demokratische Bürgergesellschaft unterstützt diese Bemühungen. Sie ist aber nicht der Notnagel für einen Staat, der sich zurückzieht. Wenn wir mehr Menschen eine Chance geben, für sich selbst zu sorgen und ihre Talente voll zu entwickeln, gibt es weniger Menschen, die auf Sozial-

Leitantrag

leistungen angewiesen und vom Staat abhängig sind. Wir stärken die Strukturen des vorsorgenden Sozialstaats. Schulden-, Ehe-, Familien- und Lebensberatung, die Schwangerenberatung und die Beratung bei häuslicher Gewalt sind endlich stabilisiert und mit mehr Mitteln ausgestattet. Im Bereich der Drogen- und Suchthilfe konnten die Mittel für die Suchtbehandlungs- und Beratungsstellen erhöht werden. Nun muss das Geld noch dort ankommen, wo es gebraucht wird. Wir überarbeiten deshalb die Förderrichtlinien.

Wir haben endlich den Paradigmenwechsel in der Wohnraumförderung geschafft. Nach über 10 Jahren führen wir wieder eine Zuschussförderung für den sozialen Wohnungsbau im Bereich Neubau und Sanierung ein. Das ist ein erster wichtiger Schritt. Es bleibt jedoch Tatsache, dass aktuell nur die zweckgebundenen Mittel des Bundes weitergegeben werden. In einem nächsten Schritt prüfen wir die Notwendigkeit, das Programm durch Landesmittel aufzustocken. Es kommt darauf an, den an Bevölkerung stetig wachsenden Kommunen Handlungsspielräume zu verschaffen. Sie müssen Möglichkeiten erhalten, gestaltend in die Quartiere einzugreifen und strategisch Flächen für kommunale Infrastruktur und sozialen Wohnungsbau zu erschließen. Hier bedarf es planbarer finanzieller Unterstützung. Es reicht nicht erst aktiv zu werden, wenn die Verdrängungsprozesse bereits greifen. Auch die Mietpreisbremse ist ein sinnvolles Instrument, doch reicht sie nicht aus um den Mietdruck langfristig zu bekämpfen. Wir wollen eine gute soziale Durchmischung unserer Großstädte. Hoher Leerstand in einzelnen Stadtteilen, kann nicht über die starken Verdrängungsprozesse in anderen Stadtteilen hinwegtäuschen. Mittelfristig wird es - wie in vergleichbaren westdeutschen Großstädten - keinen Leerstand mehr geben. Ohne konkretes Handeln werden sozial schwächere aufgrund der steigenden Mieten marginalisiert und in die Peripherie verdrängt. Eine Fortschreitende Segregation der sozialen Schichten kann nicht im Sinne sozialdemokratischer Politik sein. Sachsen braucht Vielfalt statt Segregation. Sozialer Wohnungsbau muss in den innerstädtischen Lagen verstärkt werden. Dadurch können wir bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. Das ist von zentraler Bedeutung, wenn wir in unseren Großstädten nicht weiter der zunehmenden sozialen Spaltung zusehen wollen. Denn es ist wichtig, dass Stadtviertel sozial durchmischt sind.

Es ist eine Katastrophe, dass immer noch viele Kinder ohne Abschluss Sachsens Schulen verlassen. Die soziale Herkunft hat einen großen Einfluss auf die Schulkarriere in Sachsen. In Sachsen erhalten etwa 47 Prozent der Schülerinnen und Schüler in der vierten Klasse eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium. Laut Dresdner Bildungsbericht erhalten aber etwa in Dresdens „besseren“ Vorzeigevierveteln rund 70 Prozent eine Bildungsempfehlung fürs Gymnasium, in den sogenannten „Problemstadtteilen“ hingegen nur rund 39 Prozent. Ein handlungsfähiger Staat muss Bedingungen dafür schaffen, die Aufstiegsversprechen für junge Menschen auch wirklich möglich machen. Er sollte auch eine aktive Bürgergesellschaft anstoßen, ihm dabei zu helfen, etwa über Paten-Modelle.

Als erste Maßnahme wollen wir die Schulsozialarbeit mit mindestens 15 Millionen Euro im Jahr finanzieren. Dabei ist uns wichtig, dass die Mittel vor allem dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Die SPD Sachsen hält an dem Ziel fest, flächendeckende Schulsozialarbeit zu ermöglichen. Darüber hinaus werden wir 31 Kindertageseinrichtungen als Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln. Mehr als dieses Modellprojekt war mit der CDU nicht zu machen. Das Ziel der SPD bleibt es, weitere Kindertagesstätten zu solchen Eltern-Kind-Zentren auszubauen. Wir werden darauf achten, wie und wo die

Leitantrag

Maßnahmen erfolgen, damit sie auch dort greifen werden, wo sie wirklich benötigt werden.

Um auch langfristig lebenslanges Lernen und Bildungsaufstieg zu ermöglichen, müssen wir flächendeckend Weiterbildung anbieten. Hierfür wollen wir auch das Recht auf Weiterbildung in Verbindung mit beruflichen Freistellungsmöglichkeiten gesetzlich verankern. Um junge Menschen bei der Berufswahl zu unterstützen, werden wir die Berufs- und Studienorientierung gemeinsam mit Wirtschaft, Schulen und Hochschulen weiter verbessern, auch durch den Aufbau von *Jugendberufsagenturen*. Wir machen es uns zur Aufgabe, die Quote der Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüche zu senken und die Vermittlungsbemühungen zu intensivieren.

Im Hinblick auf die demographische Entwicklung des Freistaats hat die Ausbildung von jungen Menschen in unserem bewährten dualen Ausbildungssystem eine hohe Bedeutung. Leider lässt die Ausbildungsqualität und auch die Bezahlung von Azubis in Sachsen vielfach noch zu wünschen übrig. Hohe Abbruchquoten und unbesetzte Lehrstellen sind die Folgen. Wir wollen gemeinsam mit den Akteuren der Berufsbildung, Kammern sowie den Sozialpartnern Verbesserungen erreichen und uns auf Bundesebene für eine gesetzliche Mindestausbildungsvergütung einsetzen.

Wir bleiben dabei, dass unsere Kinder in Sachsens Schulen länger gemeinsam lernen dürfen – viele Eltern, die Wirtschaft und Engagierte haben uns im Bürgerbeteiligungsprozess der letzten Monate bei dieser Forderung unterstützt. Wir würden damit auch verhindern, dass sich der Staat im ländlichen Raum weiter zurückzieht – Schulen können so erhalten bleiben.

Gerade vor dem Hintergrund einer starken demokratischen Bürger/innengesellschaft bleibt die Gemeinschaftsschule für uns die ideale Schulform. Nur durch längeres gemeinsames Lernen aller kann der Boden für sozialen Zusammenhalt und solidarisches Miteinander ganz verschiedener sozialer und kultureller Gruppen bereitet werden. Wohin das frühzeitige Absondern späterer Eliten führt, zeigt aktuell das Erstarken populistischer Strömungen.

Ein starker Staat sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit

Wir glauben nicht daran, dass der Markt für soziale Gerechtigkeit sorgt. Die neoliberale Politik der letzten Jahre hat dafür gesorgt, dass die Spaltung zwischen Arm und Reich enorm zugenommen hat – auch in Sachsen, aber vor allem zwischen Ost und West. Ein starker Staat sorgt dafür, dass Gesellschaften nicht auseinanderdriften. Chancengleichheit zeigt sich besonders daran, wie der Staat mit den Kindern, Jugendlichen, Rentnerinnen und Rentnern sowie Menschen mit Behinderung umgeht und ihnen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Die Menschen müssen überzeugt sein, dass sich Leistung lohnt. Wenn unterschiedliche Löhne für gleiche Jobs gezahlt werden, wird diese Überzeugung erschüttert. Oder wenn es auf dem Konto einen Unterschied macht, ob Menschen verheiratet sind oder ohne Trauschein zusammenleben. Ungleichheit zwischen Stammebelegschaft, Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern, Unterschiede in der Bezahlung von Frauen und Männern sind ungerecht. Von den meisten dieser Ungerechtigkeiten sind wir Sachsen besonders betroffen.

Leitantrag

Wir fordern daher auf Bundesebene eine echte Solidarrente, eine armutsfeste Rentenversicherung, Erwerbstätigenversicherung und weitere Maßnahmen gegen prekäre Arbeit sowie die Einführung einer Kindergrundsicherung sowie die Überführung der Abgeltungssteuer in die Einkommenssteuer. Um das Vertrauen wieder herzustellen, wollen wir die Sozialversicherungen wieder paritätisch finanzieren und ihre Einnahmehasis verbreitern. Die gesetzliche Krankenpflegeversicherung wollen wir in der nächsten Legislatur zur Bürgerversicherung umbauen. Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt, Volkssolidarität und weitere Sozialverbände sind dabei ein zentraler Teil einer demokratischen Bürgergesellschaft, um diese Ziele zu unterstützen.

Heute gibt es aufgrund des Fachkräftemangels zunehmend Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Berufe stark nachgefragt werden und deren Verhandlungsmacht dadurch steigt. Gerade bei jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beobachtet man ein Ende der „ostdeutschen Bescheidenheit“. Es gibt aber weiterhin viele Bereiche, in denen sie jedes Lohnangebot eines Unternehmens akzeptieren müssen. Daher ist es richtig, dass der Staat regulierend eingegriffen und den Mindestlohn eingeführt hat. Dass der Widerstand, auch der sächsischen CDU, gegen den Mindestlohn gescheitert ist, ist ein Segen für die Beschäftigten aber auch den Wirtschaftsstandort Sachsen. Um einen wirklich gerechten Arbeitsmarkt zu schaffen, müssen auf den Mindestlohn aber weitere Veränderungen wie zum Beispiel die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung folgen. Gleichzeitig haben wir uns auf den Weg gemacht, die sächsische Niedriglohn-Strategie zu beenden. Wir wollen alle Förderrichtlinien in unseren Bereichen überarbeiten: Ziel ist es zum einen, bürokratische Hürden abzubauen. Zum anderen wollen wir verhindern, dass staatliche Förderung zur Bildung prekärer Arbeit führt oder diese erhält – sei es an Universitäten, in der sozialen Arbeit oder in Unternehmen, die durch Fördermittel unterstützt werden. Eine Politik wie in der Vergangenheit, die unter dem Vorwand der Schuldentilgung Sozial- und Bildungsabbau sowie Lohndumping im öffentlichen Dienst und bei öffentlichen Aufträgen betrieb, darf es nicht mehr geben. Wir wollen faire und glaubwürdige Lösungen.

Zudem werben wir weiterhin für Tarifverträge. Im Rahmen der Umsetzung neuer europarechtlicher Vorschriften prüfen wir aktuell auch, welche Instrumente am besten geeignet sind, Tarifbindung und die Anwendung sozialer und ökologischer Kriterien auch im sächsischen Vergabegesetz zu stärken. Wir sehen große Chancen, im Rahmen der Anpassung des sächsischen Gesetzes an Europarecht, fairere Bedingungen für unsere Unternehmen und die Arbeitnehmerschaft zu erreichen. An den Hochschulen haben wir zusammen mit den Personalräten zum ersten Mal einen verbindlichen Rahmen für befristete Beschäftigung geschaffen – diesen werden wir in den kommenden Jahren weiterentwickeln. Auch hier zeigt sich, dass unter dem Kürzungskurs der CDU vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu leiden hatten, denen immer kürzere Zeitverträge angeboten wurden – bisweilen zwischen einem und sechs Monaten. Studentische Hilfskräfte müssen nunmehr mindestens drei Monate, wissenschaftliche Hilfskräfte mindestens sechs Monate angestellt werden. Lehrkräfte für besondere Aufgaben sollen demnach künftig unbefristet verpflichtet werden. Die Hochschulen haben zugesagt, die Vertragslaufzeiten stärker an der Projektdauer zu orientieren.

Trotz guter Arbeitsmarktentwicklung gibt es auch in Sachsen aber immer noch zu viele Menschen, die schon lange keinen Job finden. Auch um die muss sich ein handlungsfähiger Staat kümmern. Deshalb wird es erstmalig ein Landesarbeitsmarktprogramm für die

Leitantrag

Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit geben - ausgestattet mit jährlich 13 Millionen Euro bis 2020.

Wir wollen den Menschen das Leben einfacher machen

Die Menschen erwarten zu Recht, **dass staatliche Politik dafür sorgt, ihr eigenes Leben oder das Leben ihrer Kinder lebenswerter zu machen** – durch bessere Schulen, durch bessere Kindergärten, durch eine saubere Umwelt und auch durch Hilfe für diejenigen, die krank oder pflegebedürftig sind. Politik und Verwaltung sind zwar kein Lieferdienst. Gleichwohl muss die Verwaltung sich stärker als Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger verstehen. Dort wo der Staat erfahrbar wird, vor Ort in den Kommunen – im Bürgeramt, an der Bushaltestelle, in der Kita oder im Schwimmbad – dort schauen die Menschen genau hin. Hier entwickeln sie ein Gespür dafür, was mit ihren Steuern passiert und ob der Staat ausreichend Geld für *ihre* Bedürfnisse zur Verfügung stellt. Kommunen haben einen großen Einfluss für das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Staat. Hier entwickelt sich Vertrauen oder Misstrauen, hier entsteht das Gefühl von Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit.

Von einem handlungsfähigen Staat erwarten die Bürgerinnen und Bürger, dass **er Familien in jeder Lebenslage dabei unterstützt, den Lebensentwurf umzusetzen, der ihrer Situation und ihren Bedürfnissen entspricht**. Deshalb haben wir etwa im letzten Doppelhaushalt die Mittel und Strukturen für **Pflegebedürftige** und Demenzkranke gestärkt. Nun gibt es u.a. in jedem Landkreis eine Pflegekoordination, um die Unterstützung der Familien vor Ort zu verbessern. Zudem werden wir in einem ersten Schritt den **Betreuungsschlüssel** in dieser Legislaturperiode schrittweise in Kindergärten auf 1:12 und in Kinderkrippen auf 1:5 senken. Wir halten an unserer Forderung fest, den Betreuungsschlüssel weiter zu verbessern - in den Krippen auf 1:4, im Kindergarten auf 1:10 und im Hort auf 1:16. Dagegen hat sich die CDU in den Koalitionsverhandlungen leider gesperrt. Langfristig werden wir in Sachsen einen Betreuungsschlüssel anstreben, wie er in der Fachwelt gefordert und beispielsweise z. T. in Baden-Württemberg oder Bremen umgesetzt wird: 1:3 in den Krippen, 1:7,5 im Kindergarten und 1:2 im Hort. Wir wollen Modelle erarbeiten, mit denen wir flexible Öffnungszeiten in staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen einführen, um damit eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Arbeitsleben zu erreichen.

Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass sie schnell und einfach zur Arbeit, zu Verwandten, Freundinnen und Freunden oder Freizeitangeboten fahren können. Für Menschen mit Behinderung und Menschen im höheren Alter ist eine barrierefreie Mobilität Voraussetzung, sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können. Deshalb sichern wir eine **leistungsfähige Straßeninfrastruktur** und stärken den **öffentlichen Nahverkehr**. Es war wichtig, dass im letzten Doppelhaushalt das erste Mal größere Mittel eingestellt wurden, um unsere Straßen und Brücken in Sachsen zu sanieren („Erhalt vor Neubau“). Diesen Weg setzen wir fort. Unser Schwerpunkt liegt auf dem kommunalen Straßen- und Brückenbau. Auch sächsische Unternehmen benötigen eine Verkehrsinfrastruktur, die ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhält. Sie profitieren von leistungsfähigen und modernen Verkehrswegen. Zusätzlich fördern wir wirtschaftsnahe Infrastruktur über Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW).

Leitantrag

Wir wollen Mobilität für alle gewährleisten und bezahlbar halten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Fernverkehrsangebote von und nach Sachsen ausgebaut werden. Die Bahnstrecken Chemnitz-Leipzig, Dresden-Görlitz sowie Dresden-Prag müssen im Bundesverkehrswegeplan einen klaren Status erhalten, damit es mit Planung und Ausbau vorangeht. Für den Nahverkehr erhöhen wir jährlich die Zuwendungen an die ÖPNV-Zweckverbände und geben ihnen langfristige Planungssicherheit. Unser Ziel bleibt ein flächendeckender und bezahlbarer Nahverkehr, der zusätzliche Fahrgastpotenziale in den Ballungsräumen erschließt, aber auch im ländlichen Raum ein angemessenes Grundangebot bereitstellt. Schließlich schaffen wir die Bedingungen für ein Bildungsticket in Sachsen.

Eine sozialdemokratische Mobilitätspolitik hat bei all ihren Vorhaben immer auch die Auswirkungen auf Umwelt und Klima im Blick und reduziert Verkehrsgefahren und -lärm. Wir konnten durchsetzen, dass 129 Millionen Euro im Jahr 2017 und 130 Millionen Euro im Jahr 2018 für eine ortsnahe und moderne **medizinische Versorgung** zur Verfügung stehen – zum Beispiel durch eine schnelle und gute medizinische Notfallversorgung und eine moderne Ausstattung der Krankenhäuser und der Telemedizin. Das kommt auch und vor allem dem ländlichen Raum zugute. Die Universitätskliniken als Zentren der Hochleistungsmedizin werden wir zudem weiter unterstützen.

Wir werden den **Arbeitsschutz** in Sachsen weiter stärken. Dafür brauchen wir ausreichend ausgestattete Arbeitsschutzbehörden. Wenn die Bevölkerung immer älter wird, kommt es erst recht darauf an, sich für gute, altersgerechte Arbeitsbedingungen einzusetzen und gesundheitliche Gefahren am Arbeitsplatz zu bekämpfen. Wir haben deshalb die Arbeitsschutzallianz wiedergegründet und werden damit entsprechende Präventionsprogramme für betrieblichen Arbeitsschutz fördern.

Die **Digitalisierung** stellt die Zusammenarbeit zwischen Staat und Bürgern auf eine neue Grundlage. Auch für die Kommunikation mit der Verwaltung und öffentlichen Institutionen erwarten die Menschen, dass sie die technischen Möglichkeiten digitaler Systeme nutzen können. Damit erhöhen sich Bürgernähe und Erreichbarkeit der Verwaltung. Im Rahmen der Strategie „Sachsen Digital“ treiben wir die Digitalisierung der Verwaltung voran.

Unser Anspruch muss zusätzlich sein, politische und administrative Prozesse inhaltlich weitgehend zu öffnen. In einer starken demokratischen Bürgergesellschaft wollen die Menschen selbstständig informierte Entscheidungen treffen. Informationen, die ihnen dies ermöglichen, müssen auch offengelegt werden. Deshalb wollen wir ein Informationsfreiheitsgesetz beschließen, das das Recht der Bürgerinnen und Bürger verankert, Zugang zu behördlichen Informationen und Dokumenten zu bekommen. Zudem wollen wir Informationszugänge wie das sächsische Open Data Portal schaffen.

Der Staat kontrolliert dort, wo es für ein gutes Leben der Menschen in Sachsen wichtig ist: Bei den Arbeitsrechten, dem Verbraucher-, dem Arbeits- oder Naturschutz oder beim Hochwasserschutz. In den letzten Jahren wurde viel zu oft unter dem Deckmantel „Bürokratieabbau“ versucht, die Interessen des Profits über jene der Menschen zu stellen. Der Mindestlohn ist gut für unser Land, er muss aber kontrolliert werden, weil wir schlecht bezahlte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht der Willkür aussetzen wollen. Das ist keine Bürokratie, wie der Ministerpräsident oder die AfD behaupten, sondern gerecht. Wenn wir Regeln, die wir selbst setzen, nicht überprüfen, verliert staatliches Handeln an Legitimität.

Leitantrag

Ein handlungsfähiger Staat braucht starke Kommunen und eine ausreichende Finanzierung

Dank der SPD gibt es in der sächsischen Verfassung den Schutzschirm für die Kommunen, der dafür sorgt, dass Kommunen nicht durch neue Pflichten und Kosten vom Freistaat belastet werden, ohne dafür einen entsprechenden Ausgleich zu erhalten. Dennoch ist damit für die Städte und Gemeinden in Sachsen noch lange nicht alles in Ordnung. Weiterhin leiden viele unter Schuldenlast, Haushaltskürzungen und wachsenden Aufgaben. Kommunen werden ihrer großen Verantwortung nur gerecht, wenn sie finanziell ausreichend ausgestattet sind. Sie brauchen Spielraum für Investitionen und freiwillige Leistungen.

In einem ersten großen Schritt haben wir deshalb mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft ein umfassendes Paket beschlossen, das den sächsischen Kommunen und Landkreisen bis 2020 insgesamt 800 Millionen Euro zur Verfügung stellt. Zusätzlich wollen wir die Zuweisungen des Landes an die Kommunen, unter anderem durch das Finanzausgleichsgesetz, auf hohem Niveau fortsetzen: Es ist geplant, dass den Kommunen 2017 6,2 Milliarden und 2018 6,3 Milliarden Euro an Unterstützungsleistungen zufließen.

Für ausreichende Finanzen sind entsprechende Prioritätensetzungen im Landeshaushalt, aber auch steuerliche Umverteilungsmaßnahmen notwendig. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die den Ländern zugutekommt, streben wir weiter an. Dieser Schritt hätte nicht allein fiskalische Auswirkungen, sondern würde sich positiv auf das Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger auswirken. Denn die ungleiche Vermögensentwicklung in Deutschland bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt und entzieht den staatlichen Institutionen Vertrauen. Unser Ziel ist es, dieser Erosion entgegenzuwirken. Einen steuerlichen Wettbewerb zwischen den Bundesländern lehnen wir ab. Das können sich nur die reichen Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg leisten, Sachsen aber nicht. Neben einem solidarischen Steuersystem braucht es ausreichend Personal in der Finanzverwaltung – vom Sachbearbeiter bis zur Steuerfahnderin. Dieser Bereich war besonders hart vom Stellenabbau betroffen. Prüfungen können deshalb nicht mehr regelmäßig durchgeführt werden, der Fahndungsdruck sinkt – und die, die ehrlich ihre Steuern zahlen, fühlen sich ungerecht behandelt.

Wir wollen eine Grundsatzdiskussion über notwendige und wichtige Investitionen in Sachsen führen. Einerseits fordern die Bürgerinnen und Bürger zurecht den verantwortungsvollen Umgang mit ihren Steuern ein. Sinnlose Großprojekte und grobe Fehlplanungen sind ein Ärgernis und lassen Vertrauen schwinden. Andererseits sehen sie an maroden Straßen, Brücken und Schulen, dass jetzt Geld ausgegeben werden muss.

Staatliche Strukturen müssen bedarfsgerecht sein

Wir sehen staatliche Strukturen nicht als festen Block, sondern als „atmendes System“, das sich regelmäßig in Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern und mit deren Beteiligung überprüft, den Bedarfen anpasst und erneuert. Bedarfsgerecht bedeutet, dass wir ständig

Leitantrag

überprüfen, was jetzt und in Zukunft nötig ist, wo man Altes erneuern und Neues korrigieren muss. Festgefahrene Strukturen um der Strukturen willen dürfen und wollen wir uns nicht leisten – in keinem Bereich. So erfordert zum Beispiel die demografische Entwicklung in Sachsen kluge Entscheidungen sowohl für das Wachstum der Städte wie für die Schrumpfungen im ländlichen Raum. Gleichzeitig wenden wir uns gegen kurzfristige Lösungen, die ein Notprogramm an das andere reihen.

Sich in einem handlungsfähigen Staat wieder sicherer fühlen

Wir werden den Rechtsstaat wieder stärken. Nicht freiheitsschädliche Gesetzesverschärfungen stärken den Rechtsstaat, sondern ausreichend Personal, bürgernahe Dienststellen und gute Ausstattung bei Polizei und Justiz. Wir wollen, dass Gesetzesverstöße vorgebeugt, geltendes Recht eingehalten und gegen Verstöße wirksam vorgegangen wird. Die Polizeiwache vor Ort, die zügig erhobene Anklage nach einer Straftat, ein schnelles, richtiges Urteil nach einem fairen, rechtsstaatlichen Verfahren schaffen Vertrauen in den Rechtsstaat. Der von CDU und FDP auch bei der Polizei betriebene Abbau von Personal und Strukturen hat bei vielen Menschen wesentlich zu einem Vertrauensverlust beigetragen. In der Regierung haben wir erste Fortschritte erzielt, um dieses Vertrauen wiederzugewinnen und die objektive Sicherheitslage zu verbessern.

Die auf unser Drängen eingesetzte „Fachkommission Polizei“ des Landtages hat erstmals den Personalbedarf der sächsischen Polizei wirklich aufgabenorientiert ermittelt – und so die Trendwende bei der Personalpolitik vollzogen. Ohne die Kritik an der Arbeit und den Ergebnissen der Fachkommission auszublenden, lassen sich die Erfolge sehen: Der Stellenabbau bei der Polizei wird gestoppt. Zudem werden insgesamt 1.000 zusätzliche Polizeibeamtinnen und -beamte ausgebildet. Damit stehen der Polizei insgesamt 1.676 Stellen mehr zur Verfügung als noch im Doppelhaushalt 2015/16 festgelegt. Die Neueinstellungen werden mit jährlich 600 Stellen gegenüber 2014 verdoppelt. Den momentanen Mangel haben wir gemildert, indem 550 Männer und Frauen für die Wachpolizei eingestellt werden. Wer sich dort bewährt, hat die Chance, in die reguläre Polizeiausbildung zu wechseln. Perspektivisch werden über 14.000 Polizistinnen und Polizisten in Sachsen für Sicherheit sorgen. Das sind 2000 mehr als von CDU und FDP ursprünglich vorgesehen. Zugleich sind wir uns bewusst, dass Wachpolizist/innen vollständig ausgebildete Polizistinnen und Polizisten nicht ersetzen können. Wir betrachten sie als Übergangslösung. Die Polizei ist für viele der sichtbarste Vertreter des demokratischen Rechtsstaats. Auf Forderung der SPD hin werden daher künftig Demokratiebildung und die eigene gesellschaftliche Rolle wieder eine größere Rolle in der Polizeiausbildung spielen. Die von uns durchgesetzten kleineren Verbesserungen bei der Personalvertretung von Polizistinnen und Polizisten sind ein erster Schritt hin zu einer gelebten Demokratiekultur in der Polizei, in der Wissen und Erfahrung der Polizistinnen und Polizisten für eine bessere, bürgerfreundlichere Polizeiarbeit genutzt werden. Unser Ziel bleibt, dass Personalräte und Gewerkschaften in den Führungsebenen als konstruktive Partner, nicht als lästige Störung betrachtet werden. Bei künftigen Novellierungen des Personalvertretungsgesetzes werden wir uns dafür einsetzen, dass Mitbestimmung ausgeweitet und die geltenden Einschränkungen für den Polizeibereich abgeschafft werden.

Polizistinnen und Polizisten verdienen wie alle anderen staatlichen Hoheitsträger Schutz und Beistand, wenn sie Übergriffen ausgesetzt sind. Die Gesetze hierfür haben wir längst.

Leitantrag

Für mögliche Übergriffe durch die Polizei haben wir eine zentrale Beschwerdestelle im Innenministerium eingerichtet - als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, aber auch als Anlaufstelle für die Beschäftigten der Polizei. Sie bietet der Polizei die Chance, aus möglichen Fehlern zu lernen, und eröffnet ihr die Möglichkeit, polizeiliches Handeln zu erläutern und transparenter zu machen. Um das Vertrauen weiter zu stärken, setzen wir uns für eine Unabhängigkeit der zentralen Beschwerdestelle sowie eine grundsätzliche Kennzeichnungspflicht für Polizeivollzugsbedienstete ein.

Bei Justiz und im Justizvollzug haben wir viel erreicht. Bereits im Doppelhaushalt 2015/2016 wurden 36 zusätzliche Stellen für Richterinnen und Staatsanwälte geschaffen sowie zehn Stellen für Justizwachtmeister und zehn Stellen für Psychologinnen und Sozialarbeiter im Justizvollzug. Der Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 sieht zudem vor, **dass auf den von 2016 bis 2020 geplanten Abbau in einem Umfang von 370 Stellen verzichtet wird** und wir darüber hinaus noch mehr neue Beschäftigte an den Gerichten und im Justizvollzug einstellen können.

Ein handlungsfähiger Staat mit wichtiger Rolle für Wirtschaft und Arbeit

Es wird oft vergessen, **dass die industriellen Revolutionen der letzten 200 Jahre ohne den Staat in dieser Form kaum stattgefunden hätten**: Erst die Investitionen in das Bildungssystem, Infrastruktur und Forschung haben Eisenbahnen, flächendeckende Elektrizität oder die Automatisierung möglich gemacht. Nun stehen wir erneut an der Schwelle einer großen Umwälzung der Wirtschaft und der Arbeitsgesellschaft. Wir wissen noch nicht, wie diese Zukunft genau aussehen wird. Aber die Digitalisierung kommt – mit oder ohne uns. Es ist daher nicht die Frage, *ob* wir die Digitalisierung der sächsischen Wirtschaft vorantreiben, sondern *wie*.

Die Digitalisierung bietet für Sachsen große Chancen, aber auch große Herausforderungen. Wir wollen flächendeckend für Breitband-Internetanschlüsse sorgen – auch und gerade dort, wo die Telekommunikationsunternehmen bisher Gemeinden unterversorgt gelassen haben. Sachsen hat noch viel aufzuholen. Mit einer „Digitalen Offensive“ wollen wir die Internetversorgung endlich auf mindestens 50 Mbit/s, besser 100 Mbit/s ausbauen. Für diese Digitale Offensive stehen bis 2022 312 Millionen Euro zur Verfügung. Durch die Abschaffung der Störerhaftung können wir endlich frei zugängliche W-LANs besser fördern.

Wir wollen mit einer modernen Industriepolitik unsere sächsische verarbeitende Industrie stärken. In fünf Bereichen muss der Staat aktiv werden:

Erstens müssen wir die strategischen Wertschöpfungsketten in Sachsen halten und in Schlüsseltechnologien investieren. Der Grund für unsere erfolgreiche Volkswirtschaft liegt in der industriellen Vielfalt – von der Grundstoffindustrie über den mittelständischen Familienbetrieb, das große Industrieunternehmen, die regionale Handwerksfirma bis hin zur kleinen Hightech-Schmiede. Diese Vielfalt müssen wir in Sachsen stärken.

Wir müssen zweitens die Fachkräfte-Frage angehen. Mit der Fachkräfte-Allianz haben wir eine sachsenweite Plattform für die Fachkräftesicherung geschaffen und unterstützen damit Branchen und Unternehmen, um Fachkräfte zu gewinnen und binden. An den Hochschulen haben wir die Stellenkürzungen gestoppt. Sowohl Gelder des Hochschulpakts als

Leitantrag

auch die von der Bundesebene übernommenen und nun für Sachsen zur Verfügung stehenden BAföG-Gelder wurden fast vollständig an die Hochschulen weitergegeben. Wir sichern so gute Lehre und ermöglichen notwendige Investitionen in universitäre Infrastruktur. Um den Zugang für Langzeitarbeitslose und Migrantinnen und Migranten zum Arbeitsmarkt zu verbessern, werden wir bis 2020 rund 40 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Drittens wirken wir dort aktiv auf ein Ende der sächsischen Niedriglohnstrategie hin, wo der Staat Einfluss auf die Lohnentwicklung ausüben kann. Deshalb verteidigen wir den Mindestlohn vor Angriffen der CDU und der Arbeitgeberverbände. Zudem werden wir künftig Unternehmen, die Tariflöhne zahlen oder sich daran anlehnen sowie ihre Zahl an Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern begrenzen, einen Bonus bei der Wirtschaftsförderung zukommen lassen.

Viertens müssen wir für bezahlbare und sichere Energie sorgen. Bis 2050 wollen wir den Energiebedarf des Freistaates vollständig aus erneuerbaren Quellen abdecken. Dabei führt vor allem Energieeinsparung zu mehr Versorgungssicherheit und geringeren Umweltbelastungen und reduziert gleichzeitig die Kosten. Das kommt allen Verbraucherinnen und Verbrauchern zugute. Darüber hinaus sind ein konsequenter Ausbau erneuerbarer Energieträger, eine beschleunigte Entwicklung der notwendigen Speicher- und Netzinfrastruktur sowie die Unterstützung der Weiterentwicklung moderner Technologien wie Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen notwendig. Bei diesem Transformationsprozess sehen wir in der stärkeren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einen Schlüssel für die erfolgreiche Umsetzung. Denn Beteiligung schafft Akzeptanz. Solange es noch nicht möglich ist, regenerative Energien in ausreichender Menge schnell und effektiv zu speichern und zu transportieren, sind wir auf konventionelle Energieformen wie die Braunkohleverstromung angewiesen. Während wir mittelfristig in Sachsen daraus aussteigen, werden wir den damit verbundenen notwendigen Strukturwandel aktiv gestalten. In einem Strukturwandel liegen stets auch Chancen für neues Wachstum, neue Beschäftigung und eine bessere Lebens- und Arbeitsqualität.

Fünftens bleibt guter und fairer Handel für Sachsen wichtig. Gleichzeitig müssen wir alle Handelsabkommen kritisch begleiten, um den Staat handlungsfähig zu erhalten. Wir als SPD Sachsen unterstützen das Ziel, durch Handelsabkommen soziale, ökologische oder kulturelle Standards zu stärken. Für uns ist wichtig, dass auch weiterhin Verbesserungen unserer Normen möglich sind, die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften über die öffentliche Daseinsvorsorge unberührt bleibt und dass die Entscheidungen in Parlamenten und Regierungen durch die Handelsabkommen nicht eingeschränkt werden – weder durch Regelungen des Investorenschutzes noch im Zuge der regulatorischen Kooperation. Die von der SPD beschlossenen roten Linien müssen eingehalten werden. Abkommen dürfen auch nicht vorläufig in Kraft treten.

Integration als Aufgabe eines handlungsfähigen Staates und einer starken Bürgergesellschaft

Die Integration von Geflüchteten ist eine Herausforderung – für Aufnahmegesellschaft und Hinzukommende, für Staat und Gesellschaft. Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe braucht Integration Offenheit für Veränderungen und die hierin liegenden Chancen, einen langen Atem und kluge Gestaltung. Die Chancen liegen in einem Zugewinn an Diversität im unmittelbaren Umfeld, neuem Schwung im sozialen Engagement vieler Sächsinen

Leitantrag

und Sachsen und einem damit verbundenen Zugewinn an Solidarität mit Menschen in Notlagen. Die daraus resultierende gegenseitige Unterstützung macht uns stärker, als Menschen und als Gesellschaft. Nicht zuletzt, da es insbesondere Chancen für den ländlichen Raum in Punkto Arbeitskräfte und als Gegentrend zur massiven Abwanderung von überwiegend jungen Menschen bedeutet. Zusammenhalt und Zusammenwachsen sind nicht selbstverständlich und nicht garantiert. Für Sachsen ist die Herausforderung zugleich eine Chance, die wir nutzen sollten. Ein Scheitern des Integrationsprozesses käme Staat und Gesellschaft teuer zu stehen.

Wenn Integrationsprozesse wirksam sein sollen, müssen sie personell und finanziell vernünftig ausgestattet werden. Sichtbares Zeichen für die Aufwertung dieses Themas war die Berufung einer Staatsministerin für Integration. Doch auch der Koalitionsvertrag umfasst ein umfangreiches und progressives Kapitel, in dem wir gleichzeitig mehrere alte Leitplanken beseitigt haben: Integration umfasst nach unserem Verständnis nicht nur Menschen, die als Flüchtlinge anerkannt sind. Unter uns leben mittlerweile Menschen, die abgesehen von ihrem rechtlichen Status schon lange in Sachsen leben und auch noch länger hier leben werden. Wir wollen jeden Menschen, der eine Bleibeperspektive in Sachsen hat in unsere Gesellschaft aufnehmen. Nur so verhindern wir Ausgrenzung, Parallelgesellschaften und auch Radikalisierung.

Und hier haben wir in den letzten beiden Jahren geliefert: Die dringend notwendige Flüchtlingssozialarbeit wurde teilweise aus dem Nichts aufgebaut und hat mittlerweile einen Umfang von fast 10 Millionen Euro Unterstützung für die Landkreise und Kreisfreien Städte. Bewusst umfassen diese Maßnahmen auch die Beratung zur freiwilligen Rückkehr. Viele Asylsuchende werden aus unterschiedlichen Gründen nicht bleiben dürfen oder wollen. Es gilt hier, über die Möglichkeiten der freiwilligen Rückkehr zu beraten und dabei zu unterstützen, auch um die Anzahl der harten, aufwändigen und teuren Abschiebungen zu verringern. Wir haben ein Landesprogramm an Sprachkursen für diejenigen auf den Weg gebracht, die keinen Zugang zu den Integrationskursen des Bundes haben. Wegweiskurse, die in den Erstaufnahmeeinrichtungen eine erste Orientierung im Alltagsleben in Deutschland geben sollen, werden derzeit aus einer Pilotphase in ein Regelleistungsangebot überführt. Auch Sachsen besitzt seit kurzem als eines der letzten Bundesländer ein psychosoziales Zentrum für die Beratung und Betreuung traumatisierter Geflüchteter.

Eine entscheidende Rolle bei gelingender Integration kommt jedoch immer noch den Kommunen zu. Mit annähernd 11,5 Millionen Euro pro Jahr werden die Integrationsanstrengungen der Landkreise und Kreisfreien Städte gefördert. Dazu gehören neben Integrationskoordinatoren unter anderem Mittel zum Aufbau bzw. Ausbau kommunaler Sprachmittlerdienste.

Wenn wir die Zugewanderten schnellstmöglich unterstützen, ihren Bildungsabschluss zu machen, wird es ihnen nicht nur ein besseres Leben ermöglichen, sondern es wird sich morgen auch in geringeren Sozialkosten und mehr Fachkräften bemerkbar machen. Hier müssen wir darauf achten, dass das sächsische Schul- und Berufsschulsystem leistungsfähig und ausreichend ausgestattet wird. An Bildung darf nicht gespart werden, weder auf Kosten der zugewanderten Kinder, noch auf Kosten der einheimischen Schülerinnen und Schüler.

Leitantrag

Beim entscheidenden Schritt in den Arbeitsmarkt benötigen wir kurzfristig geübte Helferinnen und Helfer, die den Migrantinnen und Migranten auf dem Weg durch das Dickicht an Maßnahmen, Trägern und Bildungsangeboten helfen. Das sächsische Wirtschaftsministerium bietet deshalb über das Programm „Arbeitsmarktmentoren für Geflüchtete“ Orientierung für arbeitssuchende Asylsuchende und Flüchtlinge an. Dafür stehen 9 Millionen Euro bereit.

Auch beim Thema Integration ist der Staat auf eine starke Bürgergesellschaft angewiesen. In der aktuellen Flüchtlingssituation hat sich eine neue, sehr lebendige demokratische Bürgergesellschaft in Sachsen gebildet. Ob in Sportvereinen, der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz – gemeinsames Erleben schafft Nähe und Verständnis. Deshalb wollen wir mehr Projekte fördern, die sich für die gesellschaftliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen und unterstützen die Fortbildungen für Ehrenamtliche. Allein mit der Richtlinie „Integrative Maßnahmen“ unterstützen wir die vielfältige Arbeit der neuen und der langjährig erfahrenen Vereine, die dem einen großen Ziel folgen soll: den Dialog und das Zusammenleben zwischen Zugewanderten und einheimischer Bevölkerung stärken. Für die Förderung dieser Integrationsprojekte stehen jährlich 6,5 Millionen Euro bereit. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei zukünftig auf die Arbeit mit Frauen und Müttern, denn ihnen kommt in den Familien eine Schlüsselrolle für die Integration zu.

Diese und weitere Ansätze wollen wir fortsetzen und in einem Landesintegrationsgesetz bündeln, finanziell hinreichend ausstatten und langfristig sichern. Wir möchten, dass Migrantinnen und Migranten eine starke Stimme bekommen und aktiv an unserer Demokratie mitwirken können. Wir begleiten dazu unter anderem den Aufbau eines sächsischen Landesnetzwerks der Migrantenorganisationen, denn auch die Vielfalt an migrantischen Selbstorganisationen gehört zu einer demokratischen Bürgergesellschaft.

In schwieriger Zeit haben wir Integration in Sachsen endlich auf die Tagesordnung gesetzt und damit wichtige Pionierarbeit geleistet. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum — besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“ Willy Brandt

Unser Sachsen von morgen ist ein handlungsfähiges Sachsen mit einer starken demokratischen Bürgergesellschaft. Unser Sachsen soll ein Land sein, in dem sich Staat und Bürger vertrauen und sich ihrer gegenseitigen Verantwortung bewusst sind.

Wenn wir die hier formulierten Ziele verfolgen, ist uns bewusst: Nicht alle Versäumnisse können sofort aufgeholt werden und vieles muss immer wieder neu erlernt und erkämpft werden – eine demokratische Bürgergesellschaft ist kein fester Zustand. Mit unseren Ministerinnen und Ministern, unseren Abgeordneten, den sozialdemokratischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in den Städten und Gemeinden, unseren ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie unseren Mitgliedern in den Ortsvereinen werden wir auf allen politischen Ebenen und in der Gesellschaft dafür werben und streiten.

Leitantrag

Wir laden alle Menschen in Sachsen ein, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen. Dabei möchten wir Partner derer sein, die sich für andere Menschen und die Gemeinschaft engagieren.

Und wir möchten jene ermuntern, die im Moment skeptisch sind und sich zurückhalten, sich wieder stärker einzubringen. Demokratie lebt vom Mitmachen. Packen wir es an!

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

Antrag: B 01
Votum der Antragskommission: Konsensliste
Votum des Parteitags: einstimmig angenommen

Thema: Schule und Kita zusammendenken – Modellversuch unterstützen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Landtagsfraktion weiterleiten:

1. Die SPD Sachsen unterstützt die Einrichtung eines Schulversuches in der Stadt Dresden in Kooperation mit der TU Dresden als Modellversuch, der zugleich die Erprobung und wissenschaftliche Begleitung innovativer Formen des Lernens und Lehrens als auch eine Aus- und Weiterbildungsschule für Lehrkräfte in Sachsen ermöglicht. Sie soll die Klassen 1 bis 10 integrieren und eine Ausweitung auf den Elementarbereich und die berufliche bzw. gymnasiale Oberstufe anstreben.
2. Bei der Evaluation soll neben dem pädagogischen Erfolg auch ausgewertet werden, ob es sich empfiehlt, die Zuständigkeiten von Landes- und Kommunalebene hinsichtlich Trägerschaft und Personalverantwortung in Schule und Kita/Hort zu reformieren.

SPD-Landesverband Sachsen
ordentlicher Landesparteitag 2016

22./23. Oktober 2016
Chemnitz

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

Antrag: B 02

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags: einstimmig angenommen

Thema: Vorbereitungsklassen für junge Geflüchtete an den Berufsschulzentren

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD Fraktion im Sächsischen Landtag sowie die politisch verantwortlichen sozialdemokratischen Regierungsmitglieder weiterleiten:

Die SPD Sachsen setzt sich für die Wiedereinführung von Vorbereitungsklassen für junge Geflüchtete an den Berufsschulzentren, sowie eine Rückkehr zur Altersgrenze von 21 Jahren für die Aufnahme in die Vorbereitungsklassen ein. Zusätzlich soll ein Landesprogramm zur Beratung und Unterstützung junger Geflüchteter aufgesetzt werden, welches die notwendige Finanzierung für in diesem Bereich tätige Einrichtungen der Jugendhilfe sicherstellt.

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

Antrag: B 03
Votum der Antragskommission: Diskussion
Votum des Parteitags:

Thema: Lehrerversorgung in Sachsen: Qualität trotz Not

Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Regierungsmitglieder werden zur Bewältigung des aktuellen und künftig absehbaren Lehrermangels an Sachsens Schulen aufgefordert, folgende Maßnahmen zu unterstützen, zu initiieren oder überhaupt zu befördern, um sowohl die Qualität der schulischen Bildung zu sichern als auch die Attraktivität des Lehrerseins an Sachsens Schulen zu verbessern:

A) Seiteneinstieg

1. *Ausbau der Seiteneinstiegsprogramme mit folgenden Teilprogrammen für:*
 - a. fachlich vorgebildete Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger:
 - i. Vorgeschaltete pädagogisch-didaktische Grundausbildung von ein oder zwei Semestern mit Praktikumsphasen in der künftigen Einsatzschule und unter Einbezug der künftigen Mentorinnen oder Mentoren (ein Semester bei nachgewiesenen pädagogischen Erfahrungen);
 - ii. Regulärer Unterrichtseinsatz im 2. Semester in jedem gewählten Fach in je einer Klasse bzw. Klassenstufe (mind. 5 Wochenstunden, max. 10);
 - iii. Anschließend Einstieg in ein berufsbegleitendes Referendariat;
 - b. pädagogisch vorgebildete Einsteigerinnen oder Einsteiger, die keine Lehrerinnen oder Lehrer sind:
 - i. Fachlich-didaktischer Vorbereitungskurs abgestimmt auf den geplanten Einsatz (Klassenstufen) in den Ferien vor Aufnahme der Lehrtätigkeit;
 - ii. Versetzten Einstieg in das 2. Fach ermöglichen (ein oder zwei Semester Abstand);
 - iii. Anpassung des Referendariats an den versetzten Einstieg (Verlängerung und versetzte Prüfung für das 2. Fach);
 - iv. Berufsbegleitendes Fach-Studium durch Freistellung während oder nach dem Referendariat durch bezahlte Freistellung (1 Tag pro Fach + Prüfungen und Prüfungsvorbereitung) ermöglichen;
 - c. Lehrerinnen und Lehrer, die sich für ein weiteres Fach qualifizieren:
 - i. Spezielle fachlich-didaktische Kurse an den Universitäten einrichten;
 - ii. bezahlte Freistellung (1 Tag pro Fach + Prüfungen und Prüfungsvorbereitung);
 - iii. kein erneutes Referendariat.
2. *Faire Behandlung der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger:*
 - a. Zahlung der vollen Bezüge bei Eingruppierung entsprechend der Vorqualifikation vom ersten Tag an;

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

- b. Gleichstellung von Ein- und Zwei-Fach-Lehrinnen und -Lehrern bei Anspruch der Ein-Fach-Lehrerinnen und -Lehrer auf verkürzte Nachqualifizierung innerhalb von 5 Jahren;
 - c. Berücksichtigung der beruflichen Biografie der Seiteneinsteigerin oder des Seiteneinsteigers bei Einsatz und Eingruppierung.
3. *Bereitstellung der nötigen Ressourcen für diese Programme, auch in der Verwaltung.*

B) Neuordnung der Lehrämter

4. *Langfristige Neuordnung der Lehrämter um den Einsatz von Lehrkräften derart flexibler zu gestalten, dass es künftig Stufenlehrer mit Schwerpunkten gibt, z. B.:*
- a. Primarstufe
 - i. mit einem Fach bis Klasse 10
 - ii. mit Schwerpunkt Inklusion
 - iii. mit allen Grundschul-Fächern (Einsatz an kleinen Schulen)
 - b. Sekundarstufe
 - i. mit fachlicher Vertiefung für den Einsatz in der Oberstufe/Sekundarstufe II (auch an beruflichen Schulen)
 - ii. mit Schwerpunkt Inklusion
 - iii. mit Schwerpunkt Sozialpädagogik
- Diese Neuordnung darf nicht nur die künftige Ausbildung betreffen, sondern muss auch das beschäftigte Personal erfassen und entsprechende Weiterbildungen (die auch im Seiteneinstieg genutzt werden können) vorhalten.
5. Anpassungslehrgänge für Lehrkräfte, die nach ihrer jetzigen Ausbildung schulartenfremd eingesetzt werden (z. B. Gymnasiallehrer an Grundschulen).
6. Kurzfristig und als Überleitung: Erweiterung des 18-monatigen Referendariats um einen Teil, der jeweils in einer anderen Schulart und ggf. Schulstufe die grundlegenden didaktisch-methodischen und sozialpädagogischen Spezifika der anderen Schulart und/oder Schulstufe vermittelt.
7. Tarifliche Gleichstellung der Lehrerinnen und Lehrer an allen Schularten.

C) Anpassung der Arbeitsbedingungen an das Lebensalter

- 8. Schaffung von Möglichkeiten und attraktiven Bedingungen, um Lehrkräften auch nach Eintritt in die Rente/Pension noch Lehrtätigkeit zu ermöglichen
- 9. Pflege der älteren Lehrkräfte (ab ca. 60. Lebensjahr oder 30. Dienstjahr), damit diese die Schulen nicht vorzeitig verlassen (zusätzliche Anrechnungen, Schutz vor Abordnungen, Ein-Fach-Einsatz auf Wunsch, Teilzeit auf Wunsch etc.)

D) Verbesserung der Attraktivität des Arbeitsplatzes "Schule"

- 10. Übertragung von mehr Verantwortung für die Gestaltung der Bildungsprozesse an die Schulen mit entsprechender Flexibilisierung der entsprechenden staatlichen Vorgaben.
- 11. Umstellung von eher strukturbezogenen Vorgaben für die Arbeit der Schulen auf ergebnisbezogene (z. B. flexible Stundentafeln).
- 12. schüler- und bedarfsorientierte Zuweisung personeller Ressourcen einschließlich Budgets für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und weitere Professionen

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

an der Schule in Verantwortung der Schule und Anstellungsmöglichkeiten auch beim Schulträger.

13. Einrichtung eines personell ausreichend unteretzten Unterstützungssystems für Schulen, auf welches diese zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung verlässlich zugreifen können.
14. Reduzierung der Schulverwaltung auf Aufsicht und Personalverwaltung.
15. Angleichung der Nettobezüge für angestellte Lehrkräfte in Sachsen an das Niveau der Besoldung von entsprechend verbeamteten Lehrkräften, um den Abwerberdruck aus anderen Bundesländern zu mindern.
16. Abbau von Überlastungen im Lehrerberuf insbesondere durch angemessene Regelung der Unterrichtsverpflichtungen, wobei diese mittelfristig reduziert werden sollen zugunsten der anderen Aufgaben der Lehrkräfte.

E) Transparente Bedarfsplanung

17. Die Vorlage einer Lehrkräftebedarfsplanung unter Berücksichtigung der aktuellen prognostizierten SchülerInnenzahlen.
18. Die Zahl der benötigten Lehrkräftestellen mit denen der LehramtsabsolventInnen regelmäßig zu vergleichen um somit zukünftig bedarfsgerecht auszubilden und AbsolventInnen im Freistaat mit dem Angebot einer Referendariatsstelle zu halten. Denn klar ist: Seiteneinsteigerprogramme sind temporäre Lösungen, die sich nicht als langfristiger Regelfall etablieren dürfen.
19. Keine weitere Erhöhung der Stundenzahl für die Lehrkräfte. Zudem muss es Ziel sein, die Stundenzahl zu reduzieren, da dadurch ebenfalls die Attraktivität des Berufs in Sachsen und zudem die pädagogische Qualität des Unterrichts gesteigert wird.
20. Neuregelungen der Abminderungsstunden: bestimmte Mehraufgaben für Lehrer*innen (Klassenleiterfunktion, Tutorfunktion, Vertrauenslehrer, QM-Team, Organisation der GTA-Betreuung usw.) müssen mit Abminderungsstunden honoriert werden.

SPD-Landesverband Sachsen
ordentlicher Landesparteitag 2016

22./23. Oktober 2016
Chemnitz

Bildung, Erziehung, Kunst und Kultur

Antrag: B 05

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: mit Änderungen und einer Enthaltung einstimmig angenommen

Thema:

GRW-Leistungskurs ermöglichen. Politische Meinungsbildung unterstützen.

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Wir fordern, an allen sächsischen Gymnasien in der Oberstufe neben dem bisher bestehenden Kursangebot ergänzend die Möglichkeit einen Leistungskurs des Unterrichtsfaches Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft einzubringen.

Zu diesem Zweck wird das Fach GRW in den § 39 (1) ("Leistungskursfächer") der Schulordnung Gymnasien Abiturprüfung (SOGYA) aufgenommen. So erhalten die sächsischen Gymnasien überhaupt erst die Möglichkeit, bei entsprechendem Interesse und Schulprofil einen GRW-Leistungskurs anzubieten.

Zudem fordern wir eine breitere Aufstellung des GRW-Unterrichtes an den sächsischen Schulen. Zum einen soll das Fach bereits ab der Klasse 5 an Oberschulen sowie Gymnasien unterrichtet werden, zum anderen ist dafür eine Erhöhung der bisherigen zwei Wochenstunden nötig, da Momentan die Zeit für politische Diskussionen im Schulunterricht fehlt.

SPD-Landesverband Sachsen
ordentlicher Landesparteitag 2016

22./23. Oktober 2016
Chemnitz

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

Antrag: A 01

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags: einstimmig angenommen

Thema: Bildungsurlaube endlich auch für Sachsen

Die Jusos Sachsen fordern die Umsetzung des Übereinkommens 140 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und damit ein Bildungsurlaubsgesetz für den Freistaat Sachsen.

Bei der Erarbeitung dieses Gesetzes soll das Saarländische Bildungsfreistellungs-gesetz (SBFG) als Vorbild herangezogen werden.

SPD-Landesverband Sachsen
ordentlicher Landesparteitag 2016

22./23. Oktober 2016
Chemnitz

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

Antrag: A 02
Votum der Antragskommission: Konsensliste
Votum des Parteitags: einstimmig angenommen

Thema:

Neuregelung der Rücknahme von Leuchtkörpern und Sensibilisierung der Bevölkerung zum Thema „Recycling von Leuchtkörpern“

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Wir fordern, dass die Annahmeverpflichtung von Leuchtmitteln nach dem ElektroG in geeigneter Weise für den Konsumenten innerhalb der Verkaufsräume bzw. in den Annahmestellen beworben werden soll. Dies soll der Konsumenteninformation dienen und somit die Recyclingquote steigern.

Des Weiteren sprechen wir uns für eine umfassende Werbekampagne des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) aus, die zusätzlich die Bevölkerung zum Umgang mit Leuchtmitteln informiert und sensibilisiert. Dies soll gewährleisten, dass das Ziel der EU eine Rücknahmequote von mindestens 65% bis zum Jahr 2019 erreicht wird.

Diese zwei Maßnahmen sollen dazu dienen, dass das funktionierende System bekannt gemacht wird sowie ein Bewusstsein in der Bevölkerung für das Recycling von Leuchtmitteln geschaffen wird, so wie es bei Altbatterien seit Jahren gängige Praxis ist, um die Entgiftung der Umwelt voranzutreiben.

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

Antrag: A 03

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: mit Änderung und einer Enthaltung einstimmig angenommen

Thema: ÖPNV/SPNV für Stadt und Land – Grundversorgung für Sachsen sichern

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD soll sich auf Bundes- und auf Landesebene dafür einsetzen:

1. Mobilität als Grundvoraussetzung einer modernen Gesellschaft zu verstehen und den ÖPNV und SPNV als Aufgabe der Daseinsvorsorge zu stärken. Dies sowohl in den Ballungsräumen aber auch und insbesondere in den ländlichen Regionen Sachsens. Dem Auftrag der Daseinsvorsorge muss sie gerecht werden.
2. der Reduzierung von SPNV-Angeboten, insbesondere in den ländlichen Regionen Sachsens, durch eine ausgewogene Verkehrs- und Finanzpolitik, entgegen zu wirken.
3. die Ziele des sächsischen Koalitionsvertrages, in dem das Thema Daseinsvorsorge im ländlichen Raum berechtigter Weise eine große Bedeutung hat, weiterhin umzusetzen.
4. keine Debatte „Stadt gegen Land“ aufkommen zu lassen, sondern in Summe eine auskömmliche und mehrjährig sichere Finanzierung des ÖPNV/SPNV-Angebots im gesamten Freistaat zu gewährleisten, um mindestens den Status Quo überall in Sachsen absichern zu können und den infrastrukturell zum Teil bereits vorgesehenen Angebotsausbau in den Ballungsräumen zur Gewinnung zusätzlicher Fahrgäste zu ermöglichen.
5. unsere Parteitagsbeschlüsse in Regierungshandeln umzusetzen. Im konkreten Fall den Leitantrag „*Kommune 2030. Den Wandel in den ländlichen Regionen gestalten*“. Darin grenzen wir uns berechtigterweise von der Vorgängerregierung ab und fordern, anders als die schwarzgelbe Staatsregierung, das Land nicht auf seine Schließung vorzubereiten, sondern dafür zu sorgen, dass die Aufgaben der Daseinsvorsorge weiterhin gesichert sind. Anders als die schwarzgelbe Staatsregierung koppeln wir den ländlichen Raum nicht von den Ballungsräumen ab, sondern wir wollen einen gut ausgebauten und attraktiven ÖPNV/SPNV, damit alle Menschen in Sachsen mobil sein können.

Arbeit, Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Umwelt

Antrag: A 04

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: mit Änderung und einer Enthaltung einstimmig angenommen

Antragsteller: SPD-Kreisverband Leipzig

Thema:

Öffentlicher Nahverkehr im ländlichen Raum - Unterstützung des Modellvorhabens „Muldentale in Fahrt“ für eine zukunftsfähige Mobilität

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem zunehmenden Rückzug von Versorgungseinrichtungen aus dem ländlichen Raum gilt es im Sinne der Daseinsvorsorge aber auch zur Gewährleistung einer attraktiven Infrastruktur, die Erreichbarkeit durch den ÖPNV nachhaltig zu verbessern. Hierdurch soll insbesondere die Lebensqualität der Bürger außerhalb der sächsischen Großstädte steigen.

Im Landkreis Leipzig haben deshalb der Landkreis, der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL), der Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) und die Regionalbus Leipzig GmbH seit über zwei Jahren an einem zukunftsorientierten Modellvorhaben des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) gearbeitet, das nunmehr als umsetzungsreifes Konzept „Muldentale in Fahrt“ umgesetzt werden kann.

Für diese Umsetzung wird neben eigenen Mitteln auch die finanzielle Unterstützung des Freistaates Sachsen benötigt, um durch konkrete Umsetzungsschritte den damit verbundenen Nutzen für Bevölkerung und Wirtschaft möglichst bald Realität werden zu lassen. Dabei ist das Projekt als Blaupause für den gesamten Freistaat zu sehen.

Die SPD Sachsen fordert den Freistaat Sachsen auf, die relevanten kommunalen Aufgabenträger bei der Umsetzung des Modellvorhabens „Muldentale in Fahrt“ politisch und im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten auch finanziell zu unterstützen.

Demokratie und Inneres

Antrag: D 01

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: mit Änderung mehrheitlich angenommen

Thema: Stasi-Unterlagenbehörde eigenständig weiterentwickeln

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Die Zukunft der „Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)“ war seit 2014 Thema einer hochkarätig besetzten Expertenkommission des Deutschen Bundestages. Diese Kommission legte im April 2016 ihren Abschlussbericht vor, der im Kern eine Eingliederung der Stasi-Unterlagenbehörde in das Bundesarchiv bis zum Jahr 2021 vorsieht und die Reduzierung der Außenstellen auf eine pro Bundesland zur Folge hätte.

Aus unserer Sicht wird eine schlichte Angliederung der Stasi-Unterlagenbehörde an das Bundesarchiv unter den bisherigen Bedingungen der besonderen historischen Bedeutung der Stasi-Akten nicht gerecht. Der offene Zugang zu den Akten einer ehemaligen Geheimpolizei ist in dieser Art und Weise weltweit einmalig und sollte auch entsprechend weiterhin wohnortnah und unkompliziert gewährleistet werden. Eine Novellierung des Bundesarchivgesetzes ist deshalb zwingend erforderlich und muss bei einer Eingliederung die spezifischen Regelungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes würdigen.

Wir fordern stattdessen:

- Die Stasi-Unterlagenbehörde in ihrer bisherigen Struktur soll solange erhalten bleiben, bis Klarheit über die weiteren Rahmenbedingungen herrscht.
- Die Außenstellen müssen weiterhin als Anlaufpunkt für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger und natürlich besonders die Opfer zur Verfügung stehen. Daneben sollte aber auch die eigenständige Bildungs-, Geschichts- und Erinnerungsarbeit der Außenstellen in ihrer Bedeutung gestärkt werden und auch entsprechend mit Ressourcen unterlegt werden. Dies ist insbesondere für die Arbeit und den Dialog mit den „Nachwendegenerationen“ unumgänglich und zentral für den Erhalt der Behörde. Bei der zweifelsohne notwendigen Weiterentwicklung der Gesamtbehörde ist der Forschungsarbeit ein besonderer Stellenwert einzuräumen.
- Eine belastbare und langfristige Personalplanung ist wichtig für die Zukunft der Behörde. Gleichbleibende bis sogar steigende Antragszahlen und die in den letzten Jahren deutlich verlängerten Wartezeiten auf Einsichtnahme belegen, dass der derzeitige Schrumpfkurs in eine Sackgasse führt und die Arbeit der Behörde zunehmend behindert.
- Das steigende Alter des Aktenbestandes macht eine Verbesserung der archivalischen Bedingungen in der gesamten Behörde umso dringlicher. Diese entsprechen nicht durchweg den heute an die Unterbringung von Archivgut angelegten Kriterien. Die Digitalisierung des Bestandes ist aus unserer Sicht grundlegend für

Demokratie und Inneres

den Erhalt der Nutzbarkeit der Akten. Aspekte des personenbezogenen Datenschutzes sind entsprechend zu berücksichtigen.

- Das Projekt zur virtuellen Rekonstruktion zerrissener Akten sollte fortgesetzt und entsprechend unterstützt werden. Die bisher nicht zugänglichen Bestände könnten einen wichtigen Beitrag zur Beantwortung noch offener historischer Fragen leisten. Wir setzen uns dafür ein, die automatische elektronische Wiederherstellung der Akten finanziell vollständig aus Bundesmitteln zu untersetzen.

Demokratie und Inneres

Antrag: D 02

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: mit Änderung mehrheitlich angenommen

Thema: Refugees Welcome - auch an sächsischen Hochschulen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

In den letzten Jahren sind viele Geflüchtete nach Deutschland gekommen, um hier ein neues Leben aufzubauen. Wichtige Teile der Integration sind die Bildung, Ausbildung und die Integration in die Arbeitswelt. Ein Weg dorthin kann das Studium an einer Hochschule in Sachsen sein. Dabei geht es nicht nur darum, dass die Geflüchteten sich auf das Studium vorbereiten, indem sie zum Beispiel die deutsche Sprache lernen. Auch die Hochschulen müssen sich an die neuen Studierenden anpassen.

Deshalb fordert die SPD Sachsen die Landtagsfraktion auf, folgende Punkte als Prüfungsauftrag an das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst zu formulieren:

- das Sächsische Ministerium für Wissenschaft und Kunst soll einen Bericht über die Umsetzung von Maßnahmen zur Öffnung der Hochschulen für Geflüchtete anfertigen und veröffentlichen
- die Sächsischen Hochschulen sollen für das Studium relevante Dokumente und Formulare und entsprechende Medienauftritte in Englisch und in den Sprachen der Geflüchteten übersetzen
- an den sächsischen Hochschulen sollen Stellen geschaffen werden für Beauftragte, die als Ansprechpartner*innen bei Fällen von Diskriminierung gegenüber Geflüchteten funktionieren
- In der Hochschuldidaktik müssen rassismuskritische Perspektiven und interkulturelle Kompetenz enthalten sein. Auch Weiterbildungen für Führungskräfte an Hochschulen müssen interkulturelle Kompetenz und Antidiskriminierung beinhalten.

SPD-Landesverband Sachsen
ordentlicher Landesparteitag 2016

22./23. Oktober 2016
Chemnitz

Demokratie und Inneres

Antrag: D 05
Votum der Antragskommission: Diskussion
Votum des Parteitags: mehrheitlich angenommen

Thema: Profit über Sicherheit? Kontrollen an Flughäfen wieder verstaatlichen!

Der Landesparteitag des SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD Bundesparteitag und die SPD Fraktion Deutschen Bundestag weiterleiten:

Die SPD Sachsen fordert:

1. Sofortiger Stopp aller Privatisierungsmaßnahmen im Bereich der Flughafen- und Luftsicherheit
2. Die SPD Fraktion im Deutschen Bundestag soll ein Konzept erarbeiten, wie in Zukunft die Sicherheitskontrollen an deutschen Flughäfen wieder in direkter Zuständigkeit den Exekutivorganen unter Aufsicht des Bundesinnenministeriums unterstehen
3. Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Beruf des/der Luftsicherheitsassistent ein vollständiger Ausbildungsberuf wird und die Ausbildung von Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei durchgeführt wird

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 02

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags: mit Änderung und einer Enthaltung einstimmig angenommen

Thema:

Sozialdemokratische Gesundheitspolitik heißt Bürgerversicherung einführen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen mit dem Ziel einer Weiterleitung an den SPD-Bundesparteitag:

Das Gesundheitssystem der Bundesrepublik Deutschland wird von vielen Patient*innen als ungerecht empfunden - angefangen bei der Unterscheidung in gesetzliche und private Krankenkassen, über die Höhe der zu zahlenden Krankenkassenbeiträge bis hin zu den Auswirkungen der so genannten Zwei-Klassen-Medizin in der Praxis. Bspw. erfolgt die Terminvergabe unterschiedlich und je nach Status - wer privat versichert ist, erhält eher einen Termin beim Facharzt, als ein gesetzlich Versicherter Patient. Um diese und weitere aus unserer Sicht bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen, fordern wir:

1. Die Einführung einer echten Bürger*innenversicherung, in die alle Bürger*innen ihre Sozialversicherungsbeiträge (Krankenversicherung (KV) und Pflegeversicherung (PV)) einzahlen, unabhängig davon, ob sie Arbeitnehmer*innen, Angestellte im öffentlichen Dienst, Beamte oder Selbstständige sind. Staatliche Ersatzleistungen nach den SGB (z.B. ALG II) bleiben hiervon unberührt.

2. Daneben sind die noch nicht realisierten Punkte aus dem vom SPD-Parteivorstand am 26. September 2011 beschlossenen Leitantrag in das Wahl- bzw. Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2017 aufzunehmen. Dieser lautet:

„Beschluss des Parteivorstandes vom 26. September 2011

Leitantrag

Solidarische Gesundheitspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger

Zusammenfassung

Die SPD setzt sich für eine solidarische Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems ein. Wir wollen Zwei-Klassen-Medizin verhindern und eine Bürgerversicherung einführen. Gesundheit und Pflege sind für uns zentrale politische Gestaltungsfelder, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu erhalten.

Wir wollen soziale Rechte sichern und eine gute medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleisten.

Deshalb fordern wir:

- *eine einheitliche Honorarordnung für alle Patientinnen und Patienten. Damit werden Privatversicherte nicht mehr privilegiert und Ärztinnen und Ärzte lassen sich*

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

zunehmend wieder in strukturschwachen Regionen nieder.

- *mehr integrierte Versorgung, damit Patienten effektiver versorgt werden. Dazu wollen wir die hausärztliche Versorgung stärken und erreichen, dass ambulante und stationäre Einrichtungen besser zusammenarbeiten.*
- *ein neues Vertragsarztrecht, um Anreize für die Niederlassung in Gebieten mit schlechterer Versorgung zu schaffen.*
- *bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in medizinischen Berufen*
- *bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und eine reformierte Ausbildung, die mehr Perspektiven bietet.*
- *faire Arzneimittelpreise auf europäischen Durchschnittsniveau.*

*Wir wollen **Patientenrechte stärken** und ein neues Patientenrechtegesetz auf den Weg bringen. Ebenso wollen wir **mehr Prävention**, um Lebensqualität zu verbessern im Wohnumfeld, an den Arbeitsorten und in pädagogischen Einrichtungen. Prävention muss einen neuen Stellenwert als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erhalten, deshalb wollen wir einen Präventionsfonds, der Projekte gezielt fördert.*

Mit einer umfassenden Pflegereform wollen wir sicherstellen, dass alle Menschen auch in Zukunft möglichst selbstbestimmt und in Würde altern können. Dazu fordern wir:

- *einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und besseres Leistungsrecht, dass den Bedürfnissen der Betroffenen besser gerecht wird.*
- *bessere Unterstützung für Pflegenden Angehörige - dazu wollen wir in einer flexiblen Pflegezeit ein 1000-Stunden-Budget schaffen, das mit einer Lohnersatzleistung ausgestattet ist.*

Wir wollen eine gerechte nachhaltige Finanzierung des Gesundheits- und Pflegesystems mit einer solidarischen Bürgerversicherung.

In Zukunft gilt die Bürgerversicherung für neuen Versicherten und alle gesetzlich Versicherten. Die Finanzierung besteht aus drei Beitragssäulen: Bürgerbeitrag, Arbeitgeberbeitrag und dynamisiertem Steuerbeitrag. Die tatsächliche Parität stellen wir im vollen Umfang wieder her – Sonder- und Zusatzbeitrag werden abgeschafft. Damit schaffen wir eine gerechte, solidarische und nachhaltige Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger.“

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 03

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags: einstimmig mit Enthaltungen angenommen

Thema:

Entwicklung „Strategiepapier zur Gewinnung und Qualifizierung zusätzlicher Fachkräfte für Kindertageseinrichtungen“

Der SPD Landesvorstand wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag in der laufenden Legislaturperiode ein „Strategiepapier zur Gewinnung und Qualifizierung zusätzlicher Fachkräfte für Kindertageseinrichtungen“ zu erarbeiten.

Dabei sollen angesichts des gegenwärtigen und weiterhin steigenden Fachkräftebedarfs im Bereich der frühkindlichen Förderung folgende Schwerpunkte einer gesonderten Analyse unterzogen sowie Möglichkeiten für deren langfristige Wirksamkeit entwickelt werden:

- qualitativer und quantitativer Ausbau der Ausbildungskapazitäten für frühpädagogisches Fachpersonal an Fachschulen und Fachakademien,
- Anpassung der Arbeitszeiten für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen (Vollzeitquote ermöglichen),
- Ausbau von Vorbereitungskursen auf die Externenprüfung,
- Ausbau der berufsbegleitenden Aus- und Weiterbildung,
- Möglichkeiten zum Nachholen des Berufsabschlusses (für Abbrecherinnen und Abbrecher),
- Förderung des verstärkten Wiedereinstiegs in Kindertageseinrichtungen,
- Novellierung der Sächsischen Qualifikations- und Fortbildungsverordnung pädagogischer Fachkräfte – SächsQualiVO,
- Entwicklung von Anerkennungsmöglichkeiten für Qualifikationen aus verwandten Berufsgruppen,
- Entwicklung von Nachqualifizierungsmaßnahmen für Personen aus fach-affinen Berufsgruppen und für Personen, die über keine sozialpädagogischen Qualifikationen verfügen (jedoch für die Realisierung einer besonderen konzeptionellen Ausrichtung benötigt werden),
- Entwicklung einer Koordinierungs- und Beratungsstelle für die Gewinnung und Qualifizierung zusätzlicher Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen,
- Entwicklung von Kampagnen zur Akquise von Fachkräften.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 04

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags: mit Enthaltungen einstimmig angenommen

Thema: Frauen im Osten ticken anders

Die SPD Sachsen setzt sich dafür ein, dass die Erwerbsbiographien von Frauen aus den Neuen Bundesländern in den Fokus einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion gelangen. Dazu müssen entsprechende Forschung und daraus resultierende Bildungs- und Beratungsarbeit gezielt gefördert werden. Dieses Thema muss in die Inhalte von Lehrplänen aufgenommen werden und über eine Kampagne in die öffentliche Medienwahrnehmung gelangen. Das trägt zum einen zur Wertschätzung der Lebensleistung der Frauen bei, die oftmals das Rentenalter schon erreicht haben. Andererseits sollen die Erkenntnisse in die Frauen- und Gleichstellungspolitik mit einfließen, da sich bestimmte Muster wiederholen können. Zu dieser Diskussion gehören die:

- Darstellung individueller Lebensläufe und eines spezifischen Selbst- und Rollenverständnisses ostdeutscher Frauen der heute älteren Generation mit Beginn einer Erwerbstätigkeit vor 1990.
- Anerkennung und Würdigung ostdeutscher Erwerbsbiographien, insbesondere der Umgang mit nachhaltigen Wendebrüchen und teils persönlichkeitsverletzenden Folgeerscheinungen langjähriger Arbeitslosigkeit ohne Sozialplan bzw. Wechsel in schlechter bezahlte Jobs.
- Analyse gewollter Wendebrüche, die Frauen aus erfolgreicher Erwerbstätigkeit drängen und ein neues Rollenverständnis zuschreiben sollten.
- Aufdecken von Potenzialen sowie Schaffung von Vorbildern für die junge Generation als innovativen Ansatz gleichstellungspolitischer Strategien.

SPD-Landesverband Sachsen ordentlicher Landesparteitag 2016	22./23. Oktober 2016 Chemnitz
Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	
Antrag: S 05 Votum der Antragskommission: Konsensliste Votum des Parteitags: mit Enthaltungen einstimmig angenommen	

Thema: Einführung Wohnungslosenstatistik

Die SPD-Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag weiterleiten:

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Wiedereinführung einer jährlichen empirischen Datenerhebung zu Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit Bedrohten einzusetzen.

SPD-Landesverband Sachsen
ordentlicher Landesparteitag 2016

22./23. Oktober 2016
Chemnitz

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 06

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags: mit Enthaltungen einstimmig angenommen

Thema:

Stärkung der Obdachlosenarbeit und der sozial- und suchttherapeutischen Angebote in Sachsen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen,

dass die Landtagsfraktion und die Sächsische Staatsregierung aufgefordert werden, die Obdachlosenarbeit in Sachsen zu stärken und mehr Menschen ohne Wohnung wieder in Wohneinrichtungen unter zu bringen. Wohnen ist ein Grundrecht eines jeden Menschen.

Ferner sollen die sozial- und suchtttherapeutischen Angebote in der Obdachlosenhilfe stärker gefördert und personell unterstützt werden.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 07

Votum der Antragskommission: Konsensliste

Votum des Parteitags: mit Änderung mehrheitlich angenommen

Thema: Ausbau von barrierefreien Inhalten im MDR

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen

Wir fordern den/die Vertreter/in der SPD Sachsen im MDR Rundfunkrat und die SPD Sachsen auf, sich dafür einzusetzen, dass Menschen mit Behinderung, noch stärker als bisher mit Angeboten bei dem öffentlich-rechtlichen MDR angesprochen werden.

Inklusion, d.h. die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unabhängig von körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen, kann nur gelingen, wenn man diese auf allen Ebenen angeht. Dazu gehört auch die Barrierefreiheit in den Medien. Die Barrierefreiheit muss bei den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten erhöht werden, mit dem Ziel, langfristig alle Angebote der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten barrierefrei zu gestalten.

Wir fordern:

Alle im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesendeten Ton- und Videoinhalte müssen mit einer maschinenlesbaren Untertitelspur versehen sein, Vorteile neuer Technologien nutzen und alle direkt von öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern produzierten oder in Auftrag gegebenen Inhalte mit Gebärdensprache und Audiodeskription ausstatten.

Außerdem sollen Web-Inhalte barrierefrei gestaltet werden. Dazu gehört die Anpassung von Webseiten an Braille-Ausgabegeräten. Damit verbunden ist die Freiheit der Seiten von JavaScript oder ähnlichen Skriptsprachen, welche für Blinde das Lesen der Seiten mithilfe der ihnen zur Verfügung stehenden Lesegeräten erschweren könnten. Alternativ können dazu auch skriptsprachenfreie Webseitenversionen ausgewiesen werden. Weiterhin sollen die Redaktionen dazu verpflichtet werden, für Bilder passende Alternativtexte bereit zu stellen. Sofern nicht vorhanden, sollen zu allen bereitgestellten Videos Untertitel zur Verfügung stehen.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 08

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: mit Änderungen einstimmig angenommen

Thema:

Ziele der Pflegereformen in Sachsen sichern – die Bedingungen für Pflegende und Pflegebedürftige gut gestalten

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und die SPD-Landtagsfraktion sowie an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Einführung:

Zum 01.01.2017 tritt der wesentlichste Bestandteil des Pflegestärkungsgesetzes II mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff in Kraft. Im Zuge dessen kommt es zu (berechtigten) wesentlichen Preissteigerungen in den Einrichtungen.

Durch die neuen Pflegegrade ist eine feingliederige Einstufung der Menschen mit Pflegebedarf möglich. Insbesondere Grenzfälle, welche meist in die niedrigere Pflegestufe eingestuft worden, werden dadurch besser gestellt werden in Zukunft. Die mittelfristigen Folgen für die Finanzierung und die Bedingungen in der Pflege sind derzeit im Detail noch nicht vorhersehbar.

Die gesetzliche Pflegeversicherung ist im Sozialgesetzbuch XI bundesrechtlich geregelt und als „Teilkaskoversicherung“ ausgestaltet. Die Versicherten erhalten Höchstbeträge für die insbesondere im stationären Bereich kostenintensive Pflege. Zukünftig wird ein stetig wachsender Anteil der Versicherten, der den Eigenanteil an der Pflege nicht aufbringen kann, auf Sozialhilfe in Form von Hilfe zur Pflege angewiesen sein.

Die konkreten Bedingungen der Leistungserbringung (z. Bsp. Betreuungsschlüssel, Fachkraftquoten, Refinanzierung von Investitionen) einschließlich der Preise werden im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zwischen den Pflegekassen, Sozialhilfeträgern und Leistungserbringern auf Landesebene ausgehandelt und sind dem direkten Zugriff durch Politik und Verwaltung entzogen.

Als Landesverband ist es möglich, pflegepolitische Forderungen auf die Bundesebene zu transportieren und auf Landesebene vorhanden Gestaltungsspielräume zu nutzen. Die nachfolgenden Unterpunkte behandeln Themen die besetzt werden können und weiter konkretisiert werden müssen.

1. Auf Bundesebene, so wie Landesebene ist
 - a) für eine gerechte, bundesweit einheitliche Finanzierung der Pflegeversicherung als Bürgerversicherung Sorge zu tragen. Zukünftige Kostensteigerungen sollen weiterhin paritätisch auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber umgelegt werden.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

- b) für eine Angleichung der Beitragsbemessung (und somit eine paritätische Finanzierung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern) zur Pflegeversicherung im Freistaat Sachsen an die gesamte Bundesebene zu vollziehen. Bundesweit gilt eine paritätische Finanzierung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber (je 1,175%) im Freistaat Sachsen beträgt der Beitrag für Arbeitnehmer 1,675% und für Arbeitgeber 0,675%.
 - c) der Pflegemindestlohn einzuführen. Er soll eine Höhe von 11,00 € für Hilfskräfte in der Pflege und Betreuung erreichen. Viele Pflegekräfte können ihren Beruf auf Grund der damit einhergehenden Belastungen nicht dauerhaft in Vollzeit ausüben. Sachsen ist bundesweit Schlusslicht bei der Vergütung in der Altenpflege (für einen ausgebildeten Altenpfleger beträgt die Vergütung im Durchschnitt ca. 1.900 € brutto.)
2. Die Landtagsfraktion möge, auch im Rahmen der Enquetekommission Pflege:
- a) sich für ein modernes und praktikables Heimrecht (Heimgesetz in der aktuellen Fassung: Sächsisches Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetz vom 12. Juli 2012 (SächsGVBl. S. 397)) einzusetzen, das Klarheit für den Rechtsanwender schafft und Formen des deinstitutionalisierten und selbstbestimmten Zusammenlebens für pflegebedürftige Menschen und behinderte Menschen angemessen berücksichtigt und begünstigt.
 - b) durch die Pflegereformen - insbesondere durch das kommende Pflegestärkungsgesetz III – eröffnete Gestaltungsspielräume auf Landesebene sachdienlich nutzen (u. a. Strukturierung der Landespflegeausschüsse, Umsetzung der Pflegeberatung).
 - c) für eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen für ihre Aufgaben als Träger der Hilfe zur Pflege (Leistung der Sozialhilfe) sowie als Träger der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen Sorge tragen.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 09

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: in geänderter Fassung mit Enthaltungen angenommen

Thema:

Kommunen und Familien entlasten - Kitapauschale an die Realität anpassen

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD Landtagsfraktion weiterleiten:

1. In der Laufzeit des Doppelhaushaltes 2017/2018, spätestens aber zum nächsten Doppelhaushalt 2019/2020 muss die KITA-Landespauschale über die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2015/16 bereits beschlossenen jährlichen Erhöhungen (für die Verbesserung des Personalschlüssels) hinaus nach folgender Maßgabe erhöht werden:
 - a. Für den Bereich der U3-Jährigen soll die Landespauschale 38,5% der tatsächlichen Betriebskosten decken, für den Bereich der Ü3-Jährigen 35%. Bei der Ermittlung der Pauschale ab 1. Januar 2017 ist der heutige Kenntnisstand der tatsächlichen Betriebskosten unter Berücksichtigung der Auswirkungen der vergangenen Tarifeinigungen zugrunde zu legen.
 - b. Der Zuschuss wird zukünftig jährlich um 2% erhöht. Dies gilt über die Kosten der Verbesserung des Personalschlüssels hinaus.

Darüber hinaus wirkt die SPD-Landtagsfraktion auf eine Neuregelung der KITA-Landespauschale hin, die insbesondere prüft:

- a. Die Einheitspauschale soll zugunsten differenzierter Pauschalen für den Krippenbereich/U3-Jährige (inklusive Kindertagespflege) und den Betreuungsbereich der Ü3-Jährigen abgelöst werden.
- b. Zusätzliche Fördermittel des Bundes sollen dabei zu 100%, müssen jedoch mindestens zu 50% an die Kommunen weitergegeben werden.
- c. Des Weiteren soll der Freistaat Sachsen eine Flexibilisierung der Elternbeiträge unterhalb der gesetzlich festgelegten prozentualen Obergrenze entwickeln, in deren Ergebnis sich der Freistaat an Kosten der Staffelung der Elternbeiträge nach Familieneinkommen, für Geschwisterkinder und Alleinerziehende beteiligt.
- d. Weitere zweckgebundene Zuschüsse, beispielsweise für Fort- und Weiterbildung des Personals oder Qualitätsentwicklung in den KITAS sollen vorgesehen werden.
- e. Landeszuschüsse zu privaten Kindertageseinrichtungen außerhalb des Bedarfsplanes sollen abgeschafft werden.
- f. Die Finanzierung der Eltern-Kind-Zentren langfristig zu sichern.
- g. Ein Modell zu entwickeln, mit dem gemeinsam von Kommunen und Freistaat der Übergang von der Kita zur Schule verbessert und finanziell unterstützt werden kann.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

2. Darüber hinaus muss für künftige Regierungsbeteiligungen der SPD die für die Eltern kostenfreie Betreuung ihrer Kinder in den Kindertageseinrichtungen - mit Ausnahme privater Kitas - wieder Ziel sein und rasch zum Wohle der sächsischen Familien und Kommunen umgesetzt werden.

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 10

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: mit Änderungen mehrheitlich angenommen

Thema: Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

1. Wir fordern eine generelle Hauptamtlichkeit¹ der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen ab 10.000 EW.

In Kommunen mit mehr als 20.000 EW muss zusätzlich zu einer gesetzlich vorgeschriebenen Vollzeitstelle je weitere 50.000 EW mindestens eine halbe Vollzeitstelle für diesen Aufgabenbereich eingerichtet werden.

In Kommunen unter 10.000 EW braucht es klare Freistellungsregelungen für die Gleichstellungsbeauftragten im kommunalen Anstellungsverhältnis, gestaffelt nach der EW Zahl: je 1000 EW 10% einer Hauptamtlichkeit = 2 Wochenstunden, damit die Beauftragten wirksam ihren vielfältigen Aufgabenbereichen nachgehen können, mindestens aber 2 Wochenstunden.

Ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen unter 10.000 EW, die nicht Angestellte der Verwaltung sind, muss eine der Freistellung vergleichbare Aufwandsentschädigung gewährleistet werden.

Bis zur Erreichung der Gleichstellungsziele soll die erste hauptamtliche Stelle weiblich besetzt werden. Bei der Besetzung von mehreren Stellen soll die erste Stelle weiblich besetzt, ab der zweiten Stelle können auch Männer eingestellt werden. Die größeren Gleichstellungsstellen sind mindestens zur Hälfte weiblich zu besetzen, die Vorgesetztenposition muss durch eine Frau eingenommen werden.

2. Aufgaben der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, die der Kommune ermöglichen, dem Verfassungsauftrag aus Art 3 GG, Art 8 der sächsischen Verfassung und der Gender Mainstreaming Verpflichtung aus der EU Verfassung nachzukommen, müssen **landesgesetzlich** vorgegeben werden. Dazu zählen:

- Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter, derzeit bestehende Ungleichheiten und Hemmnisse und die unterschiedlichen Diskriminierungsformen sowie die Maßnahmen dagegen
- Übertragung aktueller Forschungsergebnisse und Erkenntnisse in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Wirksamkeit von Gleichstellungsmaßnahmen in der Lebensverlaufsperspektive auf die kommunale Praxis
- Beratung der kommunalen Verwaltung in ihrer Rolle als Infrastrukturgeberin und Impulsgeberin, insbesondere für Wirtschaft und Soziales

¹ gesetzlich definiert als 50% einer Stelle

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

- Überwachung der Einhaltung von Gleichstellungsverpflichtungen, Beratung bei Diskriminierungsfällen, Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen und Beauftragten bei vielfältigen Diskriminierungen (Intersektionalität)
 - Entwicklung und Überwachung von mehrjährigen Maßnahmenplänen, z.B. im Rahmen der Europäischen Charta für Gleichstellung von Frau und Mann auf kommunaler Ebene
 - Förderung zivilgesellschaftlichen Gleichstellungsengagements und Gewaltprävention auf kommunaler und überregionaler Ebene, sowie der Vernetzung deren Akteure
 - Vernetzung, Förderung und Beratung mit der Zielsetzung eigenständiger Existenzsicherung von Frauen und gegen Diskriminierung im Arbeitsleben von Menschen, die Familienaufgaben übernehmen und in bisher weiblichen Tätigkeitsbereichen tätig sind
 - Vernetzung mit sozialpolitischen, Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Interessens- und Fachverbänden, z.B. Kammern und Gewerkschaften
 - Überwachung der Vorgaben des neuen Gleichstellungsgesetzes zur Auftrags- und Leistungsvergabe bei wirtschaftlicher Tätigkeit der Kommunen
3. Wir fordern, dass den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ein angemessenes Budget durch die Kommune für die Förderung zivilgesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Gleichstellungsengagements eingeräumt wird.
 4. Wir fordern, für die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ein Stimmrecht.
 5. Wir fordern eine dem Aufgabenbereich angemessene Einstufung und Vergütung als Führungskraft für die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten. Sie sind unbefristet und mit besonderem Kündigungsschutz anzustellen.
 6. Wir fordern eine eigenständige Abteilung für Kommunale Gleichstellung bei der Landesdirektion (oder ggf. bei der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration) mit folgenden Aufgaben:
 - Monitoring
 - Kontrolle der landesgesetzlichen Vorgaben (Hauptamtlichkeit, Weisungsfreiheit und der Zuordnung der Gleichstellungsstellen zur Verwaltungsspitze, Aufstellung und Veröffentlichung von Gleichstellungsplänen)
 - Beschwerdestelle
 - Durchsetzung eines Kontroll-/Auditverfahrens
 7. Die inhaltlichen Erwartungen an die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sind von der Fachabteilung Gleichstellungsstelle auf Landesebene klar vorzugeben. Weiterhin ist von dieser regelmäßig zu überprüfen, inwieweit die Kommunen den Vorgaben des Gleichstellungsgesetzes gerecht werden.
 8. Die regelmäßigen Gleichstellungsberichte der Landesregierung gegenüber dem Landtag müssen die kommunale Gleichstellungsarbeit mit beinhalten.

SPD-Landesverband Sachsen ordentlicher Landesparteitag 2016	22./23. Oktober 2016 Chemnitz
Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung	
Antrag: S 11 Votum der Antragskommission: Diskussion Votum des Parteitags: mit Änderung mehrheitlich angenommen	

Thema: Beitragsschuldenerlass in der Krankenversicherung

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag und die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Alle Nichtversicherten, die unverschuldet in Not geraten sind, ist ein Betragsschuldenerlass zu gewähren.

SPD-Landesverband Sachsen
ordentlicher Landesparteitag 2016

22./23. Oktober 2016
Chemnitz

Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung

Antrag: S 12

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: mit Änderung und einer Enthaltung einstimmig angenommen

Thema: Enquete-Kommission Drogenpolitik

Der Landesparteitag möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich in der 19. Wahlperiode für die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Drogenpolitik ein. Die Entwicklung der Drogenkonsumsituation, das Scheitern des „Kriegs gegen Drogen“, die steigende Drogenkriminalität und die wiederholten Forderungen nach einer Legalisierung bestimmter Drogen erfordern eine Neubewertung der bisher getroffenen Maßnahmen und eine daraus folgende Ausrichtung der Drogenpolitik.

Europa und Internationales

Antrag: E 01
Votum der Antragskommission: Diskussion
Votum des Parteitags: mehrheitlich angenommen

Thema: Den Brexit zum Neustart machen: Für eine EU des Ausgleichs, der Demokratie und gemeinsamen Verantwortung

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Die SPD fordert die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und die Bundesregierung, insbesondere die sozialdemokratischen Mitglieder dieser Institutionen, auf, bei den Verhandlungen über den Brexit und bei den Vorbereitungen für eine Überarbeitung Europäischer Strukturen infolge des Brexit folgende Eckpunkte zu beachten:

Brexit: Wer ausscheidet, entscheidet nicht mehr!

- **Keine Sonderkonditionen und Rabatte für Großbritannien durch den Brexit!**
- **Keine EFTA-Mitgliedschaft ohne Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Großbritannien!**

Eine neue Vision von Europa:

- **Europa muss der Raum werden, der weltweit als Heimat einer sozialen und demokratischen Gesellschaftsordnung gilt**
- **Europa muss ein Raum des Ausgleichs werden, in dem starke Regionen weiterhin strukturell schwache Regionen so unterstützen, dass es zu vergleichbaren, angeglichenen Lebensverhältnissen kommt**
- **Europa braucht eine harmonisierte Steuerpolitik, die Steuervermeidung verhindert und Steuerwettbewerb unterbindet**
- **Die EU muss eine Sozialunion werden, sie muss gewährleisten, dass in der EU niemand zurückbleibt und keiner hungern und frieren muss - wir brauchen soziale Mindeststandards in der gesamten Union, soziale Grundsicherung und Mindestlöhne**
- **Die EU muss in ihren Institutionen zu einer transparenten Demokratie werden, in der dem Parlament die zentrale Kontrollfunktion der Kommission zukommt, es eigene Initiativrechte hat und den Kommissionspräsidenten wählt**
- **Die EU muss die Verantwortung ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf internationale Verpflichtungen, eine gemeinsame Außenpolitik und einen gemeinsamen Umgang mit Immigration, Migration und die Aufnahme von Flüchtlingen wahrnehmen**

Am 23. Juni 2016 haben die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs (UK) in einer nationalen Volksabstimmung für den „Brexit“, also den Austritt ihres Landes aus der

Europa und Internationales

EU, votiert. Dieses Ergebnis steht in einer Reihe europaweiter Kampagnen von Konservativen, Nationalisten und Rechtsradikalen gegen das Projekt der friedlichen und solidarischen Einigung der Menschen Europas.

Die Abstimmungsergebnisse zeigen zwar, dass deutlich mehr Anhänger der Labour Party und der politischen Linken für den Verbleib in der EU votiert haben als Anhänger der Konservativen und Nationalisten. Der genaue Blick verrät aber auch, dass in der Tendenz eher ältere, einkommensschwächere und bildungsfernere BritInnen aus ländlicheren Räumen für den Austritt votierten, während jüngere, bessere gebildete und einkommensstärkere BritInnen aus den Metropolen für den Verbleib stimmten. Diese Ergebnisse bestätigen den Eindruck, dass viele Menschen die EU für ein Projekt weltläufiger Eliten halten, das mit ihrem Alltagsleben wenig zu tun, oder es sogar erschwert. Das muss gerade uns SozialdemokratInnen zu denken geben. Trotz aller Ressentiments und Lügen, mit denen die Kampagne der Brexit-Befürworter behaftet war, zeigt sich hier ein Kern des Problems: **Wer das Projekt der europäischen Einigung für die Mehrheit der einfachen Leute wieder attraktiver machen will, muss es in zentralen Punkten ändern.**

Machen wir uns nichts vor: Der 23. Juni 2016 war ein schwarzer Tag für Europa. **Der Brexit ist ein Rückschlag für die Einigung des Kontinents.** Nicht nur verliert der Staatenbund EU ein großes, politisch mächtiges, ökonomisch starkes und kulturell bedeutendes Mitglied. Auch der Leitgedanke der europäischen Einigung, einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen, wird erstmals real in sein Gegenteil verkehrt. Zum ersten Mal tritt ein Staat aus der EU aus und beweist damit, dass die europäische Integration umkehrbar und die Union der Staaten und Völker Europas auflösbar ist.

Der Brexit rüttelt die EU durcheinander. Das fein austarierte System von Institutionen und Kompromissen muss nun das Tanzen lernen. Wenn jetzt klug und entschlossen gehandelt wird, dann ist der Brexit nicht der Anfang vom Ende der europäischen Integration, sondern ein Weckruf und der Beginn eines Neuanfangs.

1. Die Nationalisten und Gegner der europäischen Integration werden nun nicht mehr gegen Europa wettern und eine Alternative schuldig bleiben können. Ihre Option wird nun real erkennbar werden, mit all ihren Folgen: Einschränkung der Rechte und Freiheiten, Unsicherheit, Währungschaos, Wachstumsschwäche, Unternehmensabwanderungen und Arbeitslosigkeit. Häufig erkennt man nur im Verlust den Wert des Gewesenen. Niemals zuvor ist den Bürgerinnen und Bürgern so schlagartig klageworden, was ihnen die EU-Bürgerschaft nützt. Sie vom Gegenteil zu überzeugen wird in Zukunft schwieriger werden.
2. Das Bedauern über den Verlust des Partners UK sollte nicht darüber hinwegtäuschen, welche Rolle er lange Zeit einnahm. Britische Regierungen hatten stets eine dezidiert marktliberale Vorstellung von der europäischen Einigung und ein instrumentelles Verhältnis zum europäischen Staatenbund. Die EU, wie sie heute ist, ist auch ein Produkt des Beharrens der BritInnen auf dem Status Quo. Nicht wenige Probleme ihres jetzigen Zustands gehen darauf zurück, dass notwendige Schritte zur Vertiefung von Konservativen und Neoliberalen blockiert wurden und werden. Der Wortführer dieser Kräfte im Europäischen Rat war und ist UK. Mit dem Ausscheiden UKs aus der EU werden Politikoptionen wahrscheinlicher, die vorher noch unerreichbar schienen.

Europa und Internationales

3. Die europäische Integration ist in der Vergangenheit oft gerade in Momenten der Krise ihrer Institutionen vorangeschritten. Die Vertiefungsbereitschaft ist bei vielen Staaten zurück. So wie es ist in der EU, kann es nach Meinung vieler nicht bleiben. Der Wunsch nach einem Neuanfang hat breiten Rückhalt.

Der erste Schritt auf dem Weg zum Neuanfang liegt im Austrittsprozess selbst. Sobald das Vereinigte Königreich dem Europäischen Rat sein Austrittsvorhaben gemäß Art. 50 des Vertrages über die Europäische Union angezeigt hat, läuft eine zweijährige Frist, in der ein bilateraler Austrittsvertrag zwischen der EU und dem UK ausgehandelt wird. Bei aller Rücksicht auf die Gefahren einer politischen und ökonomischen Entfremdung zwischen UK und EU muss hier Klarheit walten:

- **Es darf keine Rabatte auf Grundwerte der EU geben.**

Die Vorzüge des gemeinsamen Marktes darf nur genießen, wer EU-BürgerInnen als Arbeitnehmer ins Land lässt und sich an den Kosten der gemeinsamen Politik beteiligt.

- **Wir erwarten von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Rates und des Europäischen Parlamentes, keinem Austrittsvertrag zuzustimmen, dass dem UK einen Sonderstatus zubilligt, indem der uneingeschränkte Binnenmarktzugang von der Arbeitnehmerfreizügigkeit und den Beiträgen zum EU-Budget abgetrennt wird.**

Ein solcher Vertrag wäre eine Aufmunterung für alle weiteren Feinde Europas, die Union weiter zu spalten. Er wäre der Anfang vom Ende für das Jahrhundertprojekt Europäische Einigung. Um ihrer eigenen Existenz und Zukunft willen muss die EU gegenüber dem Vereinigten Königreich ebenso unverrückbar an diesen Voraussetzungen festhalten, wie sie es gegenüber anderen assoziierten Staaten auch getan hat.

Die Erschütterung des Brexits sind zu groß, um nach Abschluss des Austrittsprozesses zur Tagesordnung überzugehen. Jetzt wird über die Zukunft der europäischen Einigung neu entschieden. Viele Konservative und Nationalisten wollen sich nun verdrückt zurück auf den Weg zum Nationalstaat des 20. Jahrhunderts machen. Sie wollen die Staatengemeinschaft zur Freihandelszone zurückentwickeln und das Europa der Menschen aufgeben. Sie erkennen nicht, dass es keinen Weg zurück geben kann: Die Geschichte ist weiter gegangen, die Menschen in Europa und darüber hinaus haben sich weiter entwickelt. Europa und alle Europäerinnen und Europäer müssen ihren Platz in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts einnehmen und sie gestalten.

Europa neu denken: Die Vision eines ganzen Kontinents als Heimat einer sozialen und demokratischen Gesellschaftsordnung

Die SPD hat den Mut, in der Europapolitik jetzt voran zu gehen. **Wir wollen den Brexit zum Neustart der europäischen Integration machen.** Die EU muss sozialer und demokratischer werden und international geschlossener auftreten.

Europa und Internationales

Ein Europa des Ausgleichs

Die alte Idee von der Europäischen Friedensunion, hergestellt durch den Abbau wirtschaftlichen Ungleichgewichts, durch Austausch unter den Bürgerinnen und Bürgern und durch Verflechtung der Mitgliedsstaaten, trägt heute nicht mehr. Zu selbstverständlich ist sie vielen geworden. Deshalb braucht die Europäische Union eine neue, eine soziale Vision.

Die europäische Integration soll die Angleichung der Lebensverhältnisse auf dem Kontinent fördern. Heute nehmen viele Menschen die EU als einen Akteur war, der den Gegensatz zwischen Arm und Reich nicht verringert, sondern zum Teil sogar verschärft. Insbesondere in den krisengeplagten Ländern Südeuropas gilt „Brüssel“ als Anwalt von Privatisierung und Sozialabbau. Gleichzeitig beweisen Steuerskandale wie Luxleaks, dass sich Reiche und multinationale Unternehmen in der EU aus der Verantwortung für das Gemeinwesen stehlen. Die EU muss den sozialen Ausgleich aktiv befördern. Eine Politik der gerechteren Verteilung zwischen Arm und Reich und des sozialen Ausgleichs der Regionen wird auch für den Fortbestand der Integration immer wichtiger. Denn die Vorteile der EU werden gerade in den schwächer entwickelten Regionen häufiger von Skepsis und Kritik überstrahlt und von Rechtspopulisten übertönt. Wer die Zustimmung zur europäischen Integration erhalten will, muss gerade hier ansetzen.

- Wir wollen **Steuervermeidung verhindern und Steuerwettbewerb unterbinden**. Wir fordern, dass multinationale Unternehmen offenlegen müssen, wo sie welche Gewinne erzielen und wie hoch ihre jeweilige Steuerlast ist („Country-by-country Reporting“). Die gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer muss nach Jahren der Diskussion endlich kommen und mit einem Mindeststeuersatz verbunden sein. Das organisierte Steuerdumping einzelner Mitgliedsstaaten der EU muss endlich ein Ende haben. Zwischen den Steuerbehörden muss der Austausch verbessert und automatisiert werden. Steuernachlässe für einzelne Unternehmen als Instrument des Standortwettbewerbs sind unzulässig und müssen mit Hilfe des Beihilferechts unterbunden werden.
- Die **Kohäsionspolitik** muss ein starkes Instrument europäischer Solidarität bleiben, das strukturschwache Regionen mit europäischer Hilfe fördert. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit v.a. junger Menschen sowie der sozialen und regionalen Spaltung in der EU ist ihre zentrale Aufgabe. Daher fordern wir die Bundesregierung und die sozialdemokratischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf im Rahmen der kommenden Strategieprozesse, die die inhaltlichen Rahmenbedingungen der Kohäsionspolitik festschreiben (Makroökonomische Koordinierung, Europa 2020 usw.), auf diesen Förderfokus der Strukturfonds zu drängen. Die Kohäsionspolitik braucht ausreichend Mittel. Im Rahmen der Überprüfung des aktuellen EU-Haushalts und der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2028 fordern wir die sozialdemokratischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Mittel für die Strukturpolitik nicht einfach proportional zum wegfallenden Anteil UKs gekürzt werden. Stattdessen sollen zusätzliche Mittel für erfolgreiche Kohäsionsprojekte durch eine zu schaffende EU-Eigenmittelquelle oder höhere Beiträge der Mit-

Europa und Internationales

gliedsstaaten gesichert werden. Um die weitere Auseinanderentwicklung boomender Großstädte und schwächerer ländlicher Räume zu verhindern, fordern wir die Sächsische Staatsregierung, die Bundesregierung und die sozialdemokratischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, zu überprüfen, ob und wie im Rahmen der neuen Förderperiode der EU-Strukturfonds eine zielgenauere Förderung auf Ebene der Landkreise (sog. NUTS-3-Regionen) erfolgen kann.

Die Vision einer Europäische Sozialunion

Aber der soziale Ausgleich und die Angleichung der Lebensverhältnisse werden nicht ausreichen. Wir müssen die Idee, dass niemand zurückbleibt und keiner hungern und frieren muss, auf Europa übertragen. Dazu sind wir schon jetzt verpflichtet, wenn wir die Maßstäbe der Menschenwürde unseres deutschen Verfassungsrechts an die Europäische Grundrechtecharta anlegen. Wenn wir die breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und in ihr auch die sozial Benachteiligten für Europa begeistern wollen, muss Teil dieser Vision **die Europäische Sozialunion in einer Europäischen Sozialen Marktwirtschaft** sein. In dieser Sozialunion stellt sich die EU der Aufgabe, für soziale Mindeststandards in Europa zu sorgen. Diese Standards können innerhalb eines bestimmten Korridors anhand von festzulegenden Kriterien durchaus regional voneinander abweichen.

- Das bedeutet, dass alle Mitgliedsstaaten eine **soziale Grundsicherung** einführen. Für manche Mitgliedsstaaten wird das Geld kosten, für das die EU einstehen müsste, wenn die Staaten selbst nicht dazu in der Lage sind. Es können, je nach Ausgestaltung und Steuerkraft der Mitgliedsstaaten, Transferleistungen notwendig werden. Ein leistungsfähiger Wirtschaftsraum von 450 Millionen Menschen mit stabiler Konjunktur ist prinzipiell in der Lage diese Leistungen zu erbringen. Ein Europa, das tief greifende soziale Konflikte vermeidet und für alle Bürgerinnen und Bürger erkennbar seinen eigenen verfassungsrechtlichen Ansprüchen an die Menschenwürde endlich gerecht wird, ist diese Anstrengungen wert. Konkretisierung und Ausführung einer solchen Politik müssen lokal und regional geregelt werden. Sie sollten sich auf die gesellschaftlichen und technischen Möglichkeiten, auf die Qualifikation der Betroffenen und die neuen Möglichkeiten der Gestaltung von Arbeitszeit stützen. Unter den Umständen einer europäischen Sozialunion lässt sich dann ohne unwürdige Debatten die Aufnahme von Flüchtlingen entsprechend den europäischen Verträgen besser durchsetzen und mit europäischer Hilfe auch finanzieren.
- Die EU muss den schädlichen Wettbewerb der Regionen durch soziales Dumping auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirksam verhindern. Dies kann durch **Mindestlöhne** und die Stärkung von Tarifverträgen umgesetzt werden.

Ein Europa der transparenten Demokratie

Durch die Argumentation der Brexit-Befürworter zog sich immer wieder die Behauptung, in Brüssel entscheide eine weltfremde Bürokratie über Sachverhalte, die die Ebene der

Europa und Internationales

EU weder etwas angingen, noch dort entschieden werden sollten. Die EU werde nicht demokratisch kontrolliert, die Entscheidungen seien nicht legitimiert, und niemand wisse eigentlich, wer dort warum etwas beschließen dürfe. Das ist unzutreffend. Denn mit dem Europäischen Parlament wurde eine Volksvertretung geschaffen, um die Entscheidungsgewalt dieses „Staatenbundes eigener Art“ zu demokratisieren. Seine Mitglieder werden in freien und geheimen Wahlen in ganz Europa bestimmt. Der Kommissionspräsident und die Mitglieder der Kommission werden von den Mitgliedsstaaten im Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs nominiert und vom Europäischen Parlament bestätigt. So zieht die Kommission ihre Legitimation sowohl aus den national gewählten Regierungen der Mitgliedsstaaten, als auch aus den Abstimmungen des Europäischen Parlaments.

Zutreffend ist aber, dass die Anbindung der Bürgerinnen und Bürger an die EU, ihre Vertretung im Parlament und die Kontrollfunktionen des Parlaments gegenüber der Kommission enger und direkter gestaltet werden sollten. So könnten die Menschen in Europa besser erkennen, ob diese Institutionen für sie handeln und dass es Veränderungen geben kann, je nachdem, wen sie wählen.

- So sollte das Parlament endlich ein eigenes **Initiativrecht** bekommen, damit die Volksvertreterinnen und Vertreter selbst europäische Gesetze, Richtlinien und Verordnungen einbringen und zur Diskussion stellen können.
- Außerdem sollte es für die Europawahl **SpitzenkandidatInnen** geben, wie das bei der Wahl 2014 bereits der Fall war: Wählerinnen und Wähler sollten sich ein Bild von Zielen und Persönlichkeiten machen können, um zur europäischen Politik eine Beziehung aufbauen zu können. Solche Identifikationspersonen sollten damit auch im Erfolgsfall die gesetzten Kommissionspräsidenten sein.
- Schließlich wollen wir dem Parlament unmittelbare **Kontrollfunktionen** gegenüber der Kommission einräumen und stärkere Berichtspflichten einführen, die die Tätigkeit der Kommission transparenter machen.
- TTIP und CETA haben bewiesen, dass es wenig sinnvoll ist, **internationale Abkommen**, insbesondere umfassende Handelsabkommen in einem einheitlichen Vertragswerk auszuhandeln und sie dann nur als Block mit „ja“ oder „nein“ abstimmen zu lassen. Zukünftig müssten die Mandate für solche Abkommen bereits durch das Parlament erteilt und in Teilbereiche aufgegliedert werden, die eine demokratische Auseinandersetzung dazu auch im Detail ermöglichen. Die Abkommen sollten in solchen Teilbereichen verhandelt und zum frühesten vertretbaren Zeitpunkt auch der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden. Insgesamt ist das Verfahren so zu gestalten, dass die demokratische Teilhabe der Öffentlichkeit und der Parlamente aller Mitgliedstaaten gesichert wird.

Alle diese Maßnahmen würden dazu führen, dass die Befürworter des Brexit und ihre populistischen Mitstreiter in anderen Mitgliedsstaaten der EU weder mangelnde Transparenz, noch mangelnde demokratische Kontrolle vorwerfen könnten. Nur: Genau diese Maßnahmen wollen sie nicht. Dies wäre nämlich ein wesentlicher Schritt zu mehr Integration in Europa, sie aber wollen Europa spalten. Ihre Kritik beseitigt nicht die Defizite, sie ist rein destruktiv.

Europa und Internationales

Ein Europa der gemeinsamen Verantwortung

Die Menschen erwarten von der EU zurecht, dass sie in der Lage ist, grenzüberschreitenden Problemen wirksam zu begegnen. Dort wo unmittelbar erkennbar ist, dass alle Staaten zusammen ein Problem lösen können, an dem ein einzelner Staat scheitern muss, gerade dort muss sich die EU beweisen.

Dies ist ihr gerade bei internationalen Konflikten zuletzt kaum noch gelungen. Der Bürgerkrieg in der Ukraine, der sich zum internationalen Militärkonflikt ausgeweitet hat, der Krieg in Syrien, der internationale Terrorismus, das Abkippen der Türkei in Chaos und Despotie oder der Umgang mit dem Zuzug Millionen Geflüchteter aus den umkämpften Regionen des Nahen und Mittleren Ostens: Statt einer starken, gemeinsamen Antwort erklang Vielstimmigkeit oder Schweigen. In all diesen Fragen hat die EU keine Einigkeit erzielt, keine Ergebnisse geliefert oder den Willen zur Einigung komplett vermissen lassen. Die EU steht hier als zaudernd und kleinmütig da. Der EU-interne Verteilmechanismus für schutzbedürftige Flüchtlinge etwa ist so gründlich gescheitert, dass er wie eine Karikatur auf die Schwäche der EU im Umgang mit ihrer internationalen Verantwortung wirkt. Das Europa der gemeinsamen Verantwortung braucht einen Neustart.

- Die EU muss ihr **Einwanderungsrecht auf eine gemeinsamere Basis stellen**. Die Beschränkung auf Teilaspekte wie die umstrittenen Grenzschutzregelungen oder die Regulierung des Arbeitsmarktzugangs Hochqualifizierter (BlueCard) genügt nicht mehr. Die EU braucht eine gemeinsame humanitäre Asylpolitik, ein gemeinsames Vorgehen bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und Übereinkünfte über die Einwanderung von Drittstaatenangehörigen. Ein soziales Europa, das in einem bestimmten Rahmen Sozialhilfe und Mindestlohn gewährleistet, erleichtert die Einführung solcher Systeme. Jahrelang hat die deutsche Bundesregierung Fortschritte in diesem Bereich verweigert. Es ist gut, dass sie mittlerweile für Reformen in zentralen Bereichen wie der Dublin III-Verordnung offen ist. Ein gemeinsames europäisches Einwanderungsrecht muss verbindlich sein und darf weder die Staaten an den EU-Außengrenzen noch diejenigen mit einem liberaleren Asylrecht benachteiligen.
- Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen ihre **Außenpolitik verbindlicher abstimmen**. Gerade jetzt, da ein Chor unqualifizierter Stimmen auf die internationale Bühne zurückkehrt, muss sich die EU international mit einer gemeinsamen, besonnenen Stimme Gehör verschaffen. Tritt Europa international geschlossen auf, kann es einen substantiellen Beitrag zu Konfliktprävention, internationaler Stabilität und globaler Ordnungspolitik leisten. Die europäische Außenpolitik muss dazu stärker vergemeinschaftet und durch das Europäische Parlament kontrolliert werden. Ein sichtbares Zeichen und wichtiges Instrument für ein geschlossenes internationales Agieren wäre ein ständiger Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat.

Europa und Internationales

Antrag: E 02

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: in geänderter Fassung mehrheitlich angenommen

Thema: Aufhebung der Russland-Sanktionen überdenken

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Verhandlungswege Russland zur Einhaltung des Vertrages von Minsk zu bewegen. Bis zum Erfolg dieser Verhandlungen sind Sanktionen aufgrund des anhaltenden Bruchs des Völkerrechts angebracht und gezielt als Druckmittel zu verwenden. Erst im Erfolgsfall können Lockerungen oder sogar eine Aufhebung der Sanktionen gegen Russland erfolgen.

Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft geeignete Maßnahmen im Rahmen des geltenden Völkerrechts zu treffen, um Russland zur Einstellung der Bombardements der Zivilbevölkerung in Syrien zu bewegen.

Aktuell wird deutlicher, dass der innenpolitische Druck auf die russische Regierung steigt. Viele Menschen lassen sich nicht länger durch vermeintlich patriotische Militäreinsätze an den und jenseits der Grenzen Russlands davon ablenken, dass das Land schwerwiegende Defizite im Bereich der Innen- und der Wirtschaftspolitik hat. Die Versorgungssituation ist zunehmend problematisch. Deshalb ist jetzt eine maßvolle, befriedende Diplomatie unter Vermeidung von Gesichtsverlust für die Beteiligten notwendig, die Wege zu einer Einigung aufzeigt.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Russland bei der Bewältigung der Krise in Syrien nicht nur Teil der Lösung, sondern leider auch Teil des Problems ist. Es unterstützt das Assad-Regime nicht nur logistisch und mit Waffen beim unnachsichtigen Ausüben von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, z.T. unter Einsatz von Giftgas; Russland setzt darüber hinaus auch eigene Flugzeuge zur Bombardierung von Zielen ein, bei der mit hoher Sicherheit auch unbeteiligte Zivilisten verletzt und getötet werden. Der vermeintliche Kampf der Regierung gegen den IS ist ein Kampf gegen alle Assad-Gegner.

Deshalb erwägen mehrere Nato-Staaten, die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen. Die SPD Sachsen empfiehlt, nicht in eine weitere Spirale der Verschärfung von Aktion und Reaktion einzutreten, wohl aber die politischen Spielräume, die sich im Rahmen der Aufgabe von bestehenden Sanktionen ergeben, für eine Einigung in Bezug auf Syrien zu nutzen.

Der Landesparteitag der SPD Sachsen bekennt sich zu den gemeinschaftlichen Werten friedlicher Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent und damit zur Einhaltung des Völkerrechts und zur friedlichen Konfliktbeilegung.

SPD-Landesverband Sachsen
ordentlicher Landesparteitag 2016

22./23. Oktober 2016
Chemnitz

Parteileben

Antrag: P 01
Votum der Antragskommission: Konsensliste
Votum des Parteitags: einstimmig angenommen

Thema: Gelebte Nachhaltigkeit in der SPD

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen:

Der Landesvorstand erarbeitet in enger Abstimmung mit den Arbeitsgemeinschaften und Geschäftsstellen Leitlinien für eine umweltfreundliche und ressourcenschonende Arbeit innerhalb der Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Geschäftsstellen. Dabei werden die Themenfelder nachhaltiger Konsum, Nutzung von Büromaterialien, Mülltrennung, Mobilität und Verpflegung diskutiert und verbindliche Leitlinien festgelegt.

Parteileben

Antrag: P 02
Votum der Antragskommission: Diskussion
Votum des Parteitags: mehrheitlich angenommen

Thema:

Wer, wenn nicht wir? Vereinbarkeit von Familie und Politik in der SPD Sachsen

Die SPD Sachsen will, dass mehr Menschen sich an unserer Politik beteiligen, in das politische Ehren- oder Hauptamt einsteigen und aktiv bleiben, gerade wenn sie in familiärer Verantwortung für Kinder oder auch zu pflegende Angehörige stehen. Um eine Kultur und Praxis der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt zu befördern, beschließen wir die folgende Selbstverpflichtung:

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Unterstützung derjenigen, die sich in Lebensphasen befinden, in denen Kinder oder die Pflege älterer Menschen mit beruflichen Herausforderungen zusammentreffen, ist erklärtes politisches Ziel der SPD. Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen für dieses Ziel ein.

Begleitet werden muss die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aber nicht nur durch gesetzliche Regelungen, den Ausbau der sozialen Infrastruktur und finanzielle Erleichterungen, sondern auch von einer Kultur der Akzeptanz des Privaten; des Rechts darauf, Zeit zu haben.

Dies gilt auch und besonders dort, wo Menschen haupt- oder ehrenamtlich Politik machen. Die SPD-Sachsen steht für eine Kultur, die verschiedene Lebenslagen berücksichtigt und in der mit der Zeit ihrer Mitglieder und Aktiven sorgfältig umgegangen wird. Die SPD-Sachsen geht als gutes Beispiel voran, indem sie Mitarbeit erleichtert und zur Mitarbeit in verschiedenen Lebensphasen einlädt.

Menschen in Lebensphasen mit vielfältigen Herausforderungen haben auch Vielfältiges in die Parteiarbeit einzubringen. Eltern wissen wo der Schuh in Kita und Schule drückt. Berufstätige kennen die alltäglichen Kämpfe um eigene Entscheidungsmöglichkeiten, Zeit, Konkurrenz und Solidarität. Wer seine Eltern oder Schwiegereltern pflegt, ist Expertin oder Experte in gesundheitspolitischen Fragen und im Umgang mit der Pflegeversicherung.

Gerade für Menschen in diesen Lebensphasen ist es besonders schwierig, die Zeit dafür zu finden, diese Erfahrungen und dieses Wissen einzubringen. Ihnen werden Möglichkeiten geboten, sich auch projekthaft, kurzfristig oder auch anwesenheitsunabhängig in die Parteiarbeit einzubringen. Wir wollen verbindliche wie auch flexible Strukturen für die politische Arbeit schaffen, die auf diese Anforderungen Rücksicht nehmen.

Rahmenbedingungen

- Freie Sonntage: begründen sollte der-/diejenige, der/die sonntags zu Veranstaltungen einlädt und nicht der-/diejenige, der/die diesen einen Tag mit ihrer/seiner Familie verbringen will
- Langfristige und verlässliche Terminplanung, mit festen Endzeiten: eine Betreuung von Kindern oder eine Ersatzpflegeperson muss für die Familien planbar sein

Parteileben

- Verbindlichkeit, Ergebnisse und Transparenz in Gremien: Politik findet in den Gremien statt und nicht beim Bier danach
- Kinderbetreuung auf Parteitagen und Klausuren
- Nutzung moderner Medien und Kommunikationsformen zur partiellen Loslösung der Meinungsbildung von Ort und Zeitpunkt: Telefon-, Skype- oder Videokonferenzen

Modernisierung und Ergänzung der demokratischen und Organisationsstruktur der SPD – Änderung Parteiengesetz

- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass Parteistruktur vom Örtlichkeitsprinzip losgelöst werden kann, Erweiterung der Ortsvereine als unterste Organisationsebene um
 - Betriebsgruppen (Synergie- und Effizienzgewinne durch Sitzungen in der Frühstücks- oder Mittagspause) und
 - Überwiegend Netzbasierte, regional abgegrenzte Vereinsstrukturen

Engagement in Parlamenten – Änderung Wahlgesetz

Wir setzen uns dafür ein, dass

- Mutterschutz und Elternzeit in Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaparlament möglich ist ohne Nachteile für die betreffenden Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Zeitlich begrenztes Nachrücken wird als eine Option geprüft.
- Wir sind bereit zu Pairing im Parlament und unterstützen diese Form des Stimmenaushleichs, um Eltern nicht dazu zu bringen, zugunsten der Mehrheitsverhältnisse auf ihr Mandat oder auf ihre Familie verzichten zu müssen.
- Vertretungsregelungen innerhalb der Fraktionen ermöglichen wir. Gegebenenfalls ändern wir hierzu die Geschäftsordnungen ab.

Hauptamtliche und Mitarbeiter_innen in der SPD Sachsen

Die SPD steht auch als Arbeitgeberin in der Verantwortung, für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Vereinbarkeit von Beruf (oftmals zusätzlichem Ehrenamt) und Familie zu ermöglichen.

- Von den gesetzlichen Regelungen, wie etwa Eltern- oder auch Pflegezeit, die in Verantwortung von SPD-Regierungen eingeführt bzw. ausgebaut wurden, profitieren auch unsere Mitarbeiter_innen. Nutzen unsere Mitarbeiter_innen diese Instrumente, erfahren sie unsere Unterstützung.
- Teilzeitmodelle können auf Wunsch vereinbart werden.
- Möglichkeiten der Telearbeit und Homeofficevarianten werden geprüft.

www.eltern-in-der-politik.de

Parteileben

Die SPD Sachsen dokumentiert öffentlich ihr Bekenntnis für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Politik. Dafür schließen wir uns der bundesweiten und parteiübergreifenden Selbstverpflichtung „Eltern in der Politik“ an.

Wir verpflichten uns, achtsam mit den familiären Belangen der Menschen, die sich politisch engagieren oder die im politischen Bereich arbeiten, umzugehen. Wir kennzeichnen unsere Unterstützung durch den Button auf unserer Website. Wir laden die Unterbezirke, Ortsvereine und Fraktionen der SPD in Sachsen ein, die Initiative ebenfalls zu unterstützen.

Die Initiative „Eltern in der Politik“ beinhaltet folgende Punkte:

- Der Sonntag sollte politikfrei sein. Wir legen selbst grundsätzlich keine Sitzungen auf den Sonntag.
- Wir laden nur zu solchen Veranstaltungen am Wochenende ein, bei denen die ganze Familie willkommen ist. Wir freuen uns, wenn andere Veranstaltungen familienfreundlich gestaltet werden und besuchen solche Veranstaltungen besonders gerne.
- Als Vorsitzender oder Vorsitzende von Gremien des Parlaments oder der Partei achten wir auf eine effiziente Sitzungsleitung. Wir laden grundsätzlich unter Angabe eines Endzeitpunktes ein. Bei Terminierungen nehmen wir auf Belange von Kolleginnen und Kollegen mit Kindern besondere Rücksicht.
- Als Arbeitgeber oder Arbeitgeberin setzen wir auf Effizienz, statt auf Präsenz. Wir ermöglichen flexible Arbeitszeiten und Teilzeit auch in Führungspositionen. Wir wollen die Arbeitszeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Abend und am Wochenende so weit wie möglich reduzieren.
- Als politische Wettbewerber oder Wettbewerberinnen nehmen wir besondere Rücksicht auf politische Konkurrenten, deren Kind gerade zur Welt gekommen ist. Wir kommentieren es grundsätzlich nicht negativ, wenn aus familiären Gründen Termine nicht wahrgenommen werden.

SPD-Landesverband Sachsen
ordentlicher Landesparteitag 2016

22./23. Oktober 2016
Chemnitz

Parteileben

Antrag: P 03

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: in geänderter Fassung mit einer Enthaltung einstimmig angenommen

Thema: Barrierefreie Dokumente

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen, dass die SPD Sachsen künftig alle Wahlprogramme in barrierefreier Form zur Verfügung stellt. Darunter verstehen wir "in einfacher bzw. leichter Sprache" sowie im Audio- und Textformat (barrierefreies PDF).

Alle Mitglieder der SPD Sachsen und vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen sollen darauf achten, dass sonstige wichtige öffentliche Dokumente so geschrieben werden, dass sie leicht verständlich sind.

SPD-Landesverband Sachsen
ordentlicher Landesparteitag 2016

22./23. Oktober 2016
Chemnitz

Parteileben

Antrag: P 06

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: mit Änderungen mehrheitlich angenommen

Thema: Inklusionsbeauftragte des SPD-Landesparteivorstandes

Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion

Der SPD-Landesvorstand bestimmt aus dem Kreis seiner stimmberechtigten Mitglieder ein Team Inklusion oder eine/einen Inklusionsbeauftragte/n.

Sie arbeiten eng mit der Landesgeschäftsstelle und der Fraktionsgeschäftsführung zusammen. Vorderste Aufgabe ist die Umsetzung der Barrierefreiheit bei allen Veranstaltungen der SPD Sachsen sowie der SPD Landtagsfraktion. Hierunter fällt auch der Abbau finanzieller Hürden.

Unter Inklusion versteht das Team Inklusion oder die/der Inklusionsbeauftragte/e den breiten Prozess des Miteinanders aller mit allen. Inklusion bedeutet also nicht nur die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, sondern denkt die Teilhabe von diskriminierten Gruppen im Allgemeinen mit. Das Team Inklusion oder die/der Inklusionsbeauftragte/e erarbeitet analog zum Gleichstellungsbericht einen Rechenschaftsbericht über den aktuellen Stand der Arbeit.

Initiativantrag

Antrag: I 03
Votum der Antragskommission: Diskussion
Votum des Parteitags: mehrheitlich angenommen

Thema: Bildungsempfehlung

Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird aufgefordert, den Beschluss des Verwaltungsgerichts Dresden vom 08.09.2016 sowie des Sächsischen Obergerichtes vom 20.10.2016 zu nutzen, um bei der Novellierung des Sächsischen Schulgesetzes den Elternwillen hinsichtlich der Wahl des Bildungsweges nach Klasse 4 sowie parallel die Beratung durch die Schulen zu stärken und damit die Bildungsempfehlung vom Status einer Zugangsberechtigung zum Gymnasium in den Status einer Empfehlung zu wandeln.